

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

118 (23.5.1931)



# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die Hauptzeile 12 Pfennig, Belegzeile 8 Pfennig. Die Restzeilen 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Mitnahme der Belegzeile, bei geschäftlicher Betreuung und bei Kontos ausser Kraft tritt o. Belegzeile: und Belegzeile in Restzeile 1.2. o. Schrift der Anzeigen-Nachnahme 5 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

50 Jahre Preis monatlich 2.50 Mark o. Ohne Zustellung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.00 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1.2., Weststraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Nr. 121. Druck: Hauptstraße 9, D.-Haben, Jagdstraße 12, Reilhof, Reilstraße 2, Offenburg, Jagdstraße 8

Nummer 118

Karlsruhe, Samstag, den 23. Mai 1931

51. Jahrgang

## Ausgießung des Ungeistes

Pfingsten 1931

Die nüchternste Wissenschaft hat die Pfingstlegende von der Ausgießung des heiligen Geistes als einen Fall religiöser Massenuggestion gedeutet. Wir heutigen haben keinen Anlaß, die Möglichkeit von Massensuggestionen anzuzweifeln. Wer die Entstehung der nationalsozialistischen Massenpsychose in Versammlungen erlebt hat, ihre systematische Erzeugung und Steigerung durch fiktive Militärmärsche, taktmäßige Begrüßungen, gemeinsame Gesänge und ganz auf Gefühlserregung gestellte Ansprachen, der weiß, wie wenig Widerstandskraft der Durchschnittsmensch der anstehenden Massenregung entgegenzusetzen vermag.

Zunehmend waren die Gefühle, die vor 2000 Jahren eine Menschenansammlung in den Zustand verzückter Raserei versetzten, edlerer Art als die der Nazivelle zugrunde liegenden. Ueber dem Urchristentum stand das Wort „Nächstenliebe“ nicht nur als theoretischer Begriff wie heute, sondern als praktische, opfermütige Hilfsbereitschaft. Die Apostelgeschichte meldet von der ersten christlichen Gemeinde, daß alle in Gütergemeinschaft lebten und, was sie hatten, miteinander teilten. Das Verbrechen des Ananias, der einen Teil seines Besitzes der Gemeinde unterließ, ersahen jener urchristlichen Anschauung so groß, daß die Legende den Frevler mit dem sofortigen Tode durch göttliches Strafgericht büßen läßt. Man kann danach mit Recht bezweifeln, ob die sozialistischen Eigentumsbegriffe der ersten Christengemeinde sich in strengem Einklang mit dem Papstschreiben „Quadragesimo anno“ vom Jahre 1931 gehalten haben, ob die Urchristen nicht viel zu sehr „wirkliche Sozialisten“ gewesen sind, als daß sie — nach den Worten des Papstschreibens von 1931 — noch „gleichzeitig gute Katholiken“ sein konnten!

Uns freilich scheint, daß die Urchristen mit ihrer Verurteilung des privaten Gewinnstrebens, mit ihrem Lebensfundament der Gemeinschaft und Solidarität wahre und echte Christen im Sinne des Religionsstifters gewesen sind. Sie waren auch darin ihrer Zeit weit voraus, daß sie keine Wertunterschiede zwischen den Menschen nach Rasse und Sprache machten, somit Internationalisten im vollen Wortsinne waren. Die Apostelgeschichte preist als Auswirkung des Pfingstwunders, daß die Jünger Christi nunmehr befähigt waren, einem jeden Volke in seiner Sprache zu predigen. Wie weit ist von diesen Idealen der Ungeist entfernt, der sich durch tausend Massensuggestionen auf das heutige deutsche Volk ergießt. Nicht Nächstenliebe, sondern Rassenhaß hat die nationalsozialistische Bewegung zu ihrer geistigen Devise gemacht. Haß gegen die „Feinde“, Haß gegen alle Ausländer, Haß gegen alle Angehörigen fremder Rassen, Haß aber auch gegen die angeblich „niederträchtigen“ Teile des eigenen Volkes, Haß gegen den „Marxismus“, Haß gegen alle Volksgenossen, die den Idealen des Geistes, des Friedens, der kulturellen Aufwärtsentwicklung huldigen. Der Nationalsozialismus hat seine Anhänger dazu gedrillt, jede Gemeinheit, jede Rohheit gegen Andersdenkende zu hebeln. Er predigt die Anbetung der physischen Gewalt und lehnt — ähnlich wie Preußens Krügelkönig Friedrich Wilhelm I. — alles Geistige ab, sofern es nicht unmittelbar der Stärkung des militärischen Apparates zugute kommt.

Der italienische Faschismus ohrfeigt den größten lebenden Musiker Italiens, Toscanini, weil dieser sich weigert, sein Konzert mit der Faschistenhymne einzuleiten. Der deutsche Faschismus würde sich im gegebenen Falle genau ebenso verhalten. Respekt genießt in jenen Kreisen allenfalls ein Freiheitskämpfer, ein Fremdenmörder, ein Meißnerbozer. Was dagegen ist dieser Gesellschaft ein Philosoph, ein Dichter, ein Wissenschaftler! An den Universitäten werden die Dozenten peinlich auf ihre „nationale“ Zuverlässigkeit kontrolliert. Haben sie diese, so dürfen sie den größten Unfug verapfen. Keinen nationalen Studenten stört es, wenn an der Jenenser Universität, an der einst ein Hädel lehrte, ein Rasse-Günther seine von der ernsten Wissenschaft ausgelagerten Theorien verkündet. Aber wehe dem Dozenten, der mit irgendeiner Aeußerung ein nationalsozialistisches Hünerauge unfaßt berührt. Ihm nützt keine wissenschaftliche Qualifikation, durch systematischen Terror wird er vergrault.

Der Nationalsozialismus spreizt sich geradezu mit seiner Verachtung des Geistes und wirkt — es ist nicht zu leugnen — auf weite Kreise ansteckend, die sich von der Formel blenden lassen: wenn ein Faschist Musiker ohrfeigt, was ist dann schon der Musiker wert? Wer die Tiefe unseres geistigen Falls ermessen will, braucht nur irgendein Dokument der Gewinnung aus der Zeit der deutschen klassischen Dichtung aufzuschlagen. Vor 140 Jahren schreiben ein dänischer Prinz von Augustenburg und sein gräflicher Minister an den mit Krantheit und Glend ringenden deutschen Dichter Schiller, dem sie eine Jahresrente von 1000 Talern aussetzen:

Nehmen Sie dieses Anbieten an, edler Mann! Der Anblick unserer Tugend Sie nicht, es abzulehnen... Wir kennen keinen Stolz, als nur den, Mensch zu sein, Bürger in der

großen Republik, deren Grenzen mehr als das Leben einzelner Generationen, mehr als die Grenzen des Weltalls umfassen. Sie haben nur Menschen, Ihre Brüder vor sich.“

Könnte man sich diese Worte von 1792 aus der Feder des Hohenzollernprinzen August von Preußen, der seine Briefe „Mit Hitler-Heil!“ unterzeichnet?! Schon zu Wilhelm's Zeiten hat das satte und nationalsozialistische Bürgertum mit Verachtung auf das Weltbürgertum der Schiller-Goethe-Zeit herabgeblickt. Seitdem ist die geistige Haltung des Bürgertums noch um viele Stufen gesunken, und es bewahrt sich sich immer mehr das Kaffalese Wort, daß Kunst, Wissenschaft und freie Forschung nur bei der Arbeiterklasse Obdach finden würden.

Die geistige Verödung des Bürgertums, sein Aufgehen in einer Bewegung, die den Geist durch äußeren Schneid, das Wort durch die Phrase, die Ueberzeugung durch das Kommando ersetzt, weist aber auch dieser Bewegung Ziel und Grenze. Die äußeren Erfolge, die die nationalsozialistische Bewegung infolge der Pfingstlegende des Bürgertums noch erzielt, können den Tiefblickenden nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese zum System erhobene Ungeistigkeit nicht auf die Dauer imstande sein wird, die Geister der Menschen zu beherrschen. Hinter dem Rufen der „Militärmärsche“ und dem Chorgebrüll „Deutschland erwache“ hört man das kühnere Wort des Mephisto:

„Berichte nur Vernunft und Wissenschaft, Des Menschen allerhöchste Kraft... So hab ich dich schon unbedeut.“

Die Hoffnung dieser Bewegung, den Marxismus ausrotten zu können, wird sich als Trug erweisen. Erkenntnis und wissenschaftliche Wahrheit lassen sich — das lehren tausend Jahre Menschengeschichte — nun einmal nicht niederfädeln und niederknüpfeln, sondern nur durch höhere Erkenntnis und höhere Wahrheit überwinden. Wo aber der Ungeist polternd und lärmend sich breit macht, da kann nie und nimmer die höhere Erkenntnis sein. Das Christentum vermochte vor 2000 Jahren, ausgehend von einem Häuflein armer Leute und Sklaven, die reiche heidnische Welt zu erobern, weil es ihr an Ethik und geistigem Gehalt überlegen war. Alle Christenverfolgungen der Cäsaren haben diesen Sieg nicht zu verhindern vermocht. Kein Säbelratseln der nationalsozialistischen Bewegung, kein Drohen mit „Körperrollen“, kein unter Massennot und Massensuggestion errungener Wahlsieg kann uns in der Ueberzeugung beirren, daß auf die Dauer der Nationalsozialismus gegenüber dem auf die Wissenschaft gegründeten, marxistischen Sozialismus die Rolle der vorübergehenden Erscheinung spielen wird, weil er uns geistig nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen hat. Mag sich in dieser abnormen Zeit der Ungeist mit der Gewalt eines Gewitterregens über Deutschland ergießen: die trüben Fluten verlaufen sich schließlich, und dann — spricht die Saat!

## Wirtschaftliche Pfingstmahnung

Der harte Sommer

Von Fritz Kapfali

Als mit dem Beginn des Frühjahres die durch die Jahreszeit bedingte wirtschaftliche Belebung und Entlastung am Arbeitsmarkt einsetzte, ging eine Zeitlang in der deutschen Öffentlichkeit die Parole um: „Wir haben den harten Winter hinter uns“. Sogarwischen hat der Verlauf der letzten zwei Monate, im besonderen die Bewegung am Arbeitsmarkt, gelehrt, daß die Entlastung, die uns dieses Frühjahr brachte, nach der absoluten Zahl der Aufhebung von Arbeitslosen sich im Rahmen der vorjährigen jahresspezifischen Bewegung gehalten hat. Da die Gesamtzahl der Arbeitslosen am Ausgangspunkt um rund 2 Millionen höher lag als im Vorjahr, blieb also relativ die Entlastung hinter dem vorjährigen Maße zurück. Da abgesehen vom Arbeitsmarkt weder in der Weltwirtschaft noch in der deutschen Wirtschaft irgendwelche ernsthaften Anzeichen einer Ueberwindung der tiefen Depression zu verschauen und die kühnste Sentenz der Zinsfälle an den internationalen Geldmärkten, die neue internationale Vertrauenserschütterung, die mit der Zwangssterilisation der österreichischen Kreditanstalt verbunden war, und die neuen Arbeitsbewegungen an den Effektenbörsen deutliche Kennzeichen der vorhaltenden Lähmung der Wirtschaftstätigkeit in der Welt sind, so kann man sich leider nicht mehr der geringsten Illusion darüber hingeben, daß sich an den harten Winter, der hinter uns liegt, unmittelbar ein harter Sommer anschließt.

Wenn wir nach der jahresspezifischen Besserung in Deutschland in diesen Sommermonaten wahrscheinlich bei rund 4 Millionen Arbeitslosen stehen bleiben werden, wenn ein immer größerer Teil dieser unerhört hohen Arbeitslosenanzahl langfristig von der Möglichkeit, seine Arbeitskraft zu verwerten, ausgeschlossen bleibt und deshalb durch die verringerten Unterhaltungen, die ihm aufliegen, in seiner Lebenshaltung verelendet, so müßte normalerweise in der gesamten Öffentlichkeit die Frage, wie hilft man den Opfern dieser ungeheuren Krise des verfallenden Kapitalismus und wie findet man die Mittel, ihnen den Weg zur Arbeit zu bahnen, die beherrschende Frage des Tages sein und es müßte aus der Dringlichkeit des Rufes nach Hilfe die höchste Aktivität erwachen.

Die Führer der privaten Wirtschaft, die jeder sozialen Reaktion ausgenutzt sind und jeder Rücksichtslosigkeit gegen die Opfer des Systems, dessen Träger sie selbst sind, kühl gegenüberstehen, wissen nichts anderes zu sagen, als daß sie ihr Erschließen von der notwendigen Herabsetzung der Löhne und Gehälter trotz der radikalen Erfolgslosigkeit der bisherigen Anwendung dieser Methode zur Krisenüberwindung immer wieder hertragen. Als die Lohnabbauarbeiten begannen, haben ihre theoretischen Verfechter den Arbeitern den Lohnabbau damit schmalkostig machen sollen, daß sie prophesieen, bei niedrigerem Lohn würde die Zahl der Beschäftigten soziales steigen. Wir haben diese Trösterle stets abgelehnt, weil sie darauf beruht, den Lohn nur als Selbstkostenfaktor, aber nicht als Träger der Kaufkraft und damit der Absatzmöglichkeiten der Konsumgüterindustrie zu betrachten. Wer jetzt, nachdem belandete ein Jahr lang der Beweis für die Erfolgslosigkeit der Lohnabbauaktionen erbracht worden ist, sollte man endlich die Defensivität mit einer konjunkturpolitischen Begründung für die

Machtämpfe, die sich in der Lohnfrage abspielen, verschonen. Durch eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit, durch die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden muß wenigstens für ein gewisses Maß von Bewegung innerhalb der Masse der Arbeitslosen gesorgt werden.

Wenn die Reichsregierung auf allen Gebieten, auf denen sich, wenn auch beschränkt, Möglichkeiten der Besserung der Wirtschaftslage bieten, untätig bleibt, wenn sie gleichzeitig den Gedanken und die verfassungsmäßige Verpflichtung der solidarischen Hilfe für diejenigen, deren Recht auf Arbeit unbefriedigt bleibt, aufgibt, und nur daran denkt, wie man die Bezüge der Notleidenden zur finanziellen Sanierung weiter kürzen kann, dann wird sie sich nicht wundern dürfen, wenn der harte Sommer politische Krisen zeitigt, denen man im harten Winter noch ausgewichen konnte!

### Sozialdemokratische Aktion gegen Brotpreiserhöhung

Das Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen an den Reichstanzler Dr. Brüning wegen Ermäßigung der Brotpreise hat folgenden Wortlaut:

„Seit wir mit unserem Schreiben vom 22. April Ihre Aufmerksamkeit auf die Welle der Brotpreiserhöhung gelenkt und Maßnahmen der Reichsregierung auf Grund der Bestimmungen des Zollgesetzes, vom März 1931 gefordert haben, ist die Aufwärtsbewegung der Brotpreise an vielen Orten weiter fortgeschritten. Weder die auf ein Kontingent beschränkte Herabsetzung des Weizenzolls noch die im einzelnen mit den Mühlen und Bäckereien geführten Verhandlungen haben bisher die in Aussicht gestellte und vom Gesetz vorgesehene Herabsetzung der Brotpreise auf den durchschnittlichen Stand der Monate von Oktober bis März bewirken können.“

Angeht es der auch in den Sommermonaten kaum verringerten Massenarbeitslosigkeit und der kühnsten Herabsetzung der Einkommen der freien Massen der arbeitenden Bevölkerung halten wir eine längere Verzögerung der Brotpreiserhöhung für unerträglich. Wir sind der Meinung, daß es der Reichsregierung an der Macht, die Voraussetzungen für eine allgemeine Senkung der Brotpreise zu schaffen, nicht fehlt, daß sie aber dieses Ziel am raschesten und wirksamsten auf dem Wege der allgemeinen Herabsetzung der Zölle für Brotgetreide und für die mit dem obigen Verbrauch zusammenhängenden Futtermittel erreichen kann.“

Wir machen die Reichsregierung erneut auf die schwere Verantwortung aufmerksam, die die Nichterfüllung der Verpflichtungen der Regierung auf dem Gebiete der Brotpreiserhöhung in der Bevölkerung verursacht und wir müssen mit allem Nachdruck die sofortige Durchführung der für die Brotpreiserhöhung erforderlichen Maßnahmen insbesondere die Zollherabsetzung von der Reichsregierung fordern.“

Diese Mahnung des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war notwendig, weil bisher verjährt worden ist, endlich durchgreifende Maßnahmen in der Brotpreiserfrage anzunehmen. Wäre das Reichsernährungsministerium den schon seit Wochen geäußerten Vorschlägen der Sozialdemokratie gefolgt, so wäre die Brotpreiserhöhungswelle gebrochen.



# Europas Schicksalsstunden

Die Völker wollen kein Ballspiel, sondern Hilfe

4. Karlsruhe, 23. Mai.

Wieder einmal sind die Zeitungen gefüllt gewesen mit den man zu Ende gegangenen Beratungen in Genf, wobei neben einigen Vorbereitungsmaßnahmen für die im Januar des nächsten Jahres in Genf stattfindende Arbeitskonferenz die Frage der Bereinigung der Wirtschaftskrisis durch handelspolitische Maßnahmen im Vordergrund stand. Den stärksten Anstoß hierzu gab wohl die Veröffentlichung des Protokolls über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, der in einer Reihe von Ländern starken Widerstand fand, Frankreich veranlaßte, ein anderes Projekt zum besseren Abzug der Getreideüberschüsse und Industrieprodukte in Verbindung mit Maßnahmen zur Bekämpfung des Kapitalmangels vorzulegen. In scharfen Formulierungen vertrat der deutsche Außenminister Dr. Curtius die außenpolitischen Souveränitätsrechte Deutschlands, ohne allerdings eine Situation entwirren zu können, die man selbst inszenierte: ein beabsichtigtes Resultat für eine menschlich zwar sympatische Persönlichkeit, die mit wenig glücklicher Hand gesegnet, zum Verhängnis der außenpolitischen Entwicklung Deutschlands immer wieder das unmögliche Beginnen versucht, mit fünf Bällen auf einmal zu spielen. So gefährlich für die Zukunft Deutschlands die neuerliche Das der Deutschen Allgemeinen Zeitung und ihres gleichgerichteten provinzialen Troß gegen die Mitgliedschaft Deutschlands am Völkerbund ist, so wenig darf bei aller Gegnerschaft gegen solche für die friedliche Entwicklung überaus gefährlichen Treibereien übersehen werden, daß Dr. Curtius' Reizung, allzuviel Dinge auf einmal anzufangen, nicht geeignet ist, Deutschland aus der Sackgasse zu bringen, in der es sich befindet. Angesichts der vom ersten Augenblick an erkennbaren Weltstimmung zur Zollunion konnte — dies hätte man seitens der Inspiratoren der deutschen Außenpolitik allerdings voraussehen können — nichts anderes erreicht werden, als sich damit einverstanden zu erklären, die Frage, ob Österreich angesichts der bestehenden Verträge zum Abschluß einer Zollunion berechtigt sei, dem Internationalen Gerichtshof im Haag zur juristischen Prüfung vorzulegen, ohne daß damit die letzte Entscheidung in dieser Sache feststeht.

Wir wollen hier nicht im einzelnen untersuchen, inwiefern die deutsche Regierung bei ihrem Wege Ungeheuerlichkeiten begangen hat, wollen auch nicht heute schon präjudizieren, wie weit die bestehenden Verträge einer „Zollunion“ die Türen offen lassen und wollen jetzt auch nicht die Frage aufrollen, ob überhaupt eine deutsch-österreichische Zollunion imstande wäre, die bestehende Wirtschaftskrisis zu mildern. Ebenjenermaßen wollen wir nach der anderen Seite hinübersehen, wieviel an dem französischen „Gegenvorschlag“ taktischer Schachzug ist, um das deutsche Projekt zu parieren, wie weit dieser statt allgemeine Beschlag praktisch eingreifende Wirkungen hat und ob er imstande ist, Europas Wirtschaft aus der Notlage herauszubringen, in der sie sich gegenwärtig befindet. Denn darauf kommt es an, daß so schnell und so eingreifend als nur möglich die europäische Wirtschaft aus dem gegenwärtigen Zustand sinnlosen Dahindämmern, ja fast Hinabsinken wieder in den Zustand pulsierenden Lebens hineinkommt, ohne dem die Wirtschaft nicht imstande ist, den Anforderungen zu genügen, die im eigenen Lebensinteresse eines jeden Einzelnen Hunderte von Millionen Menschen an sie stellen. Dem neben innerpolitischen Voraussetzungen und sozialen Bedingungen ist es in sehr hohem Maße die Außenpolitik und die mit ihr verknüpfte Handelspolitik, welche die Wirtschaftskrisis stark beeinflusst und imstande wäre, durch neue Konstellationen belebend auf die Wirtschaft zu wirken.

Aus diesem Grunde heraus müssen wir es überaus bedauern, und es den verantwortlichen Staatsmännern Europas zum schwersten Vorwurf machen, daß sie auch diesmal wieder von Genf auseinandertreten, ohne über gewohnheitsmäßige Reden und Entscheidungen hinaus zu Taten zu kommen. Man macht innerpolitisch mit Recht häufig den demokratischen Entwicklung der Welt, wenn dieser Vorwurf, den man in der inneren Politik allmählich zu befechtigen sich bestrebt, in den äußeren Beziehungen der Völker nunmehr seine Bestätigung finden würde. Mit Recht hat der englische Labourminister Henderson in einer ausgezeichneten Rede in Genf unter scharfen Anklagen gegen den wirtschaftlichen Nationalismus gegen die hohen Zölle und gegen die gefährliche Unterdrückung der Grundlagen des europäischen Wirtschaftssystems durch die Zahlungen der Reparationen in Gold die Forderung einer planmäßigen internationalen Aktion für die Wirtschaft erhoben. Von einer energischen Tat in diesem Sinne und zwar einer Tat, die weit über das hinausgeht, was man bisher als einen Akt der Krisenauflösung herauszufinden, ist jedoch wenig außer papierenen Entscheidungen in die Öffentlichkeit gelangt und es ist — man darf die psychologische Seite in dieser Hinsicht nicht übersehen — dringend notwendig, daß die notleidenden Völker Europas endlich den Hoffnungsstreifen sehen, der ihnen das rettende Land einer Wirtschaftsbekämpfung am Horizont zeigt.

So steht es auch den großen Hoffnungen gegenüber, die die einzelne Kreise Deutschlands auf die deutsch-österreichische Zollunion setzen, so können wir doch nicht die scharfe Ablehnung des Projekts durch die Gegenseite verstehen, nachdem versichert worden ist, daß die deutsch-österreichischen Besprechungen über die Zollunion nur das Vorbild sein sollen zu einer immer weiteren Kreise von europäischen Staaten umfassenden allgemeinen europäischen Zollunion. Unseres Erachtens läge es für alle Staatsmänner in Genf nahe, aus diesem Schritt Deutschlands und Österreichs die Konsequenzen dahin zu ziehen, endlich einmal das jahrelange Gerede über Europa zur Tat werden zu lassen und so den Schritt von Curtius und Schöberl einzureihen in eine große europäische Aktion, die politisch und wirtschaftlich eine Durchbrechung der Mauer bedeuten würde, hinter der die Völker Europas heute verkrampft und sorgenvoll stehen.

Wie nabelstehend es ist, vom Gedanken der Zollunion aus den Sprung zu einer Bewegung in der gesamteuropäischen Wirtschaftsbekämpfung zu machen, hat dieser Tage erst der rühmliche Vorkämpfer des Gedankens der Vereinten Staaten von Europa Coudenhove-Kalergi in seiner Zeitschrift Panuropa gemacht, indem er feststellte, „jede Zollunion wäre vom europäischen Standpunkt aus begrüßenswert; größere Zollgebiete wären stets Brücken zu Panuropa“. Und in einem Panuropa-ABC mahnt der Präsident der Panuropaunion gleichzeitig: „Persönliche, nationale oder weltanschauliche Vorbehalte und Sonderforderungen müssen vor diesem großen Ziel zurücktreten, sobald der gemeinsame Wille sich durchsetzt, Europa in wüster Stunde zu retten.“ Das eine solche Rettung der Völker Europas durch einen gemeinsamen wirklich großzügigen Akt der europäischen Staaten und ihrer Staatsmänner möglich wäre, zeigt ein Blick auf die Landkarte Europas

und ihrer großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die erst neulich wieder der bekannte Statistiker Wladimir Wostinskiy in einem jeglichen Wirtschaftsbeobachter zum Studium zu empfehlenden Werk „Tatsachen und Zahlen Europas“ (Panuropa-Verein) eingehend und überzeugend dargelegt hat — mit dem einen Fehler vielleicht, daß bei der Veröffentlichung dieser Schrift die Lage in Europa sich so verändernd gestaltet hat, daß der Weg zur europäischen Zusammenfassung schon kein freiwilliger mehr ist, sondern ein Zwang, wenn nicht jahrtausende alte Werte Opfer fürchterlichen Chaos werden sollen. Die Feststellung Wostinskiys, „für die europäischen Staaten im ganzen bedeutet der Außenhandel in erster Linie binneneuropäischen Warenaustausch“ und „die meisten internationalen wirtschaftlichen Vereinbarungen sind nichts anderes als Abkommen zwischen den europäischen Staaten, die den Zweck haben, die Gegensätze der von einander abgegrenzten Volkswirtschaften Europas zu mildern und in der Kontinentalwirtschaft Anfänge der Reorganisation zu schaffen“, sollten eine dringende Mahnung an die Staatsmänner Europas sein, von den langsamen Anfängen zu einer Regulierung, die immer wieder, wie gerade in der Gegenwart durch entgegengegesetzte Tendenzen durchbrochen wird, schnellstens zu einer raschen und einwirkenden Tat in der Richtung einer geschlossenen Bekämpfung der heutigen Krise zu kommen: zur Rettung Europas in wüster Stunde.

Angesichts der geradezu ausweglosen Not und der Verzweiflungssituation, welche in immer größerem Ausmaß die von der Wirtschaftskrisis und ihrer Geißel Arbeitslosigkeit betroffenen Völker erfüllt, müssen wir daher in letzter Stunde die dringende Forderung an die Staatsmänner anstatt neulicher Ballspiele ein wirkliches Aktionsprogramm zur Rettung der Völker Europas bald, sehr bald vorzulegen. Das deutsche Volk braucht rasche und gründliche Hilfe. Wir denken nicht daran, andere Völker vor den Kopf stoßen zu wollen und wollen friedliche Verständigung und gemeinsame Arbeit mit allen Völkern der Welt. Wichtiger als außenpolitische Prestigeaffären, die Deutschlands Situation verschleiern, ist uns das Volkes Wohlbefinden, Schritte zu unternehmen, damit in einer Stunde, in der die Welt tiefer sinkenden Eintommen die Steuererhöhungen immer mehr zusammenschrumphen lassen, die Reparationslasten in der Krisenzeit notwendige Stun-

die ihm auf keinen Wegen bedrohten, nicht in Rechnung gestellt. Die Sozialdemokratie hat sich in den letzten Monaten in der Beurteilung seiner Politik eine große Reserve auferlegt. Sie tat das, um nicht den Gegnern im Ausland Material gegen die deutsche Regierung zu liefern, und um den Antimarxisten in Deutschland nicht die Möglichkeit zu geben, ihr die Schuld an dem ungünstigen Genfer Resultat in die Schuhe zu schieben.

In Wahrheit war es und ist es heute nur darum zu tun, schwere Nachteile dem deutschen Volke abzumehren. Das Recht Deutschlands und Österreichs, eine Zollunion abzuschließen, hatten wir grundsätzlich für gegeben. Niemand hat außerdem entscheidener als wir jene Vertragsbestimmungen bekämpft, die das vollständige Zueinandersehen der beiden Staaten verbieten, und dabei gehen wir sogar weiter als das deutsche Auswärtige Amt, das es sich zuletzt sehr aneignen hat sein lassen, den Zusammenhang zwischen Zollunion und Anschluß abzubrechen und das sogar zu verstehen gab, daß nichts geeigneter sei, den Anschluß hintanzuhalten, als eben die Zollunion. Aber jede Aktivität in der Außenpolitik hat doch nur Sinn, wenn das angestrebte Ziel erreicht werden kann, ohne daß die Nachteile größer werden als die Vorteile, und wenn außerdem die Zahl nach dem einen Objekt nicht die Gewinnung anderer und wichtigerer Erfolge erschwert oder unmöglich macht.

Wer im vollen Bewußtsein dessen, was kommen müsse, den schwierigen Weg betrat, dem muß die erste Frage vorzulegen werden, ob er ihn, koste es, was es wolle, zu Ende gehen will. Wer diese Frage bejaht, der kann sich dann freilich auch über die Angriffe aus dem Lager der Rechten nicht wundern, denn er würde dann in der Tat folgerichtiger handeln, wenn er ohne Rücksicht auf den Völkerbundsrat und den Saager Gerichtshof die schnelle und reifliche Verwirklichung seines Planes betrieb.

Wenn wir Herrn Curtius recht verstehen, so will er sich weder in die eine noch in die andere Kategorie einordnen lassen. Er gerät aber auf diese Weise in eine einigermaßen zueigenartige Position, und er sollte es sich aneignen sein lassen, sich möglichst bald aus ihr zu befreien. Sein Rücktritt, wie ihn die Freunde seiner Politik von gestern fordern, würde nur eine Lösung für ihn, aber nicht für das Land bedeuten. Erforderlich wäre vielmehr, daß er und das Gesamtkabinett seine auswärtige Politik und die Lage, in der Deutschland sich befindet, einer ernsthaften und genauen Nachprüfung unterzögen.

## Außenministeranwärter von rechts im Hintergrund

Berliner Tageblatt über den Vorstoß der DZ.

Das Berliner Tageblatt, das den Vorstoß der DZ gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius habe seinen Ursprung in Kreisen der rheinischen Industrie und der Hamburger Großreederei. Diese Kreise hätten auch schon einen Kandidaten für den Posten des Reichsaußenministers, der bereits einmal in der Regierung an führender Stelle gewesen sei.

## Abschlussarbeiten in Genf

Genf, 22. Mai. Der heutige stimmungsfreie Vormittag wurde von den Delegationsführern zu einer regen persönlichen Fühlungnahme benutzt.

Der italienische Außenminister Grandi hatte eine Unterredung mit dem russischen Volkskommissar Litwinow, Reichsaussenminister Dr. Curtius hatte eine Besprechung mit dem Berichterstatter für die obersteinsten Fragen, Polibiana und mit Minister Grandi.

Unmittelbar vor seiner Abreise nach Wien hat der österreichische Außenminister, Biskanzler Dr. Schöberl, dem Genfer Vertreter des VTB, empfangen, und ihm folgende Erklärung abgegeben: „Das Reichsaussenminister Dr. Curtius und ich in enger Zusammenarbeit gelegentlich des letzten Wiener Besuchs als Richtlinien aufgestellt haben, ist ein Plan, für welchen erst gemessen werden muß. Wir sind unerschrocken, daß die von uns erhofften Staaten verkündete Idee, sobald der Saager Gerichtshof das Gutachten erstattet haben wird, der internationalen Politik doch in einem anderen Sinne erscheinen wird.“

Der Völkerbundsrat hat in einer geheimen Sitzung heute Nachmittag um Vorstößen des Danziger Hafenauslasses den Schweizer Benziger gewählt. Die auf der Tagesordnung stehenden Punkte: Schluß der Minberheiten in Oberschlesien und in den polnischen Wojwodschafsten Schlesien, Polen und Pommern wurden auf morgen verschoben. Ueber die deutsche Memelbeschwerte referierte der norwegische Vertreter, und dann berichtete der Oberkommissar des Völkerbundsrats über die Zwischenfälle zwischen Danzig und Polen. In der von Henderson vorgeschlagenen Entschleunigung wird der Oberkommissar gebeten, bis zur nächsten Ratstagung einen neuen Bericht vorzulegen. Die Frage der von Polen geforderten Gleichberechtigung der polnischen Staatsangehörigen auf Danziger Gebiet wurde dem Saager Gerichtshof überwiesen.

## Bleibt Briand franzöj. Außenminister ?

Eine Sinnesänderung

Paris, 22. Mai. (Eig. Draht.) Angesichts der Rückkehr Briands nach Paris beschäftigt sich die französische Presse eingehend mit der Frage, ob der Außenminister seine Demission aufrecht erhalten wird oder nicht. Bei Briand selbst scheint sich während seines Genfer Aufenthalts eine gewisse Sinnesänderung vollzogen zu haben. Während er vor Eintritt seiner Reise fest entschlossen war, sein Amt niederzulegen, soll ihn die Aufnahme, die er im Völkerbundsrat und im Europa-Ausschuß gefunden hat und der Sieg der französischen These in bezug auf die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas davon überzeugt haben, daß seine internationale Autorität und sein Ansehen nicht gelitten haben und daß daher seinem Verbleiben im Außenministerium nichts im Wege stehe. Dazu kommt noch, daß, wie der Paris-Mitteilte, die Regierung und der neue Präsident Doumer ihm telegraphisch die dringende Bitte nach Genf übermittelt haben, auf seinen Rücktritt zu verzichten. In Regierungskreisen wird daher, wie dieselbe Zeitung aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, stark damit geredet, daß Briand seinen Posten beibehält.

Die reaktionäre Presse ist mit dieser Wendung der Dinge natürlich nicht einverstanden und protestiert bereits gegen ein event. Verbleiben Briands im Außenministerium.

Paris, 22. Mai. Außenminister Briand ist heute Abend um 22.30 Uhr aus Genf kommend in Paris eingetroffen. Als der Zug eintraf, durchbrach die Menge den Abpernungsgürtel und überfüllte den Bahnhofseingang. Nur mit Mühe konnte dem mit tausenden kimmigen Rufen „Es lebe Briand! Es lebe der Friede! Niebe der Krieg!“ begrüßten Außenminister der Weg zum Auto gebahnt werden, das ihn in wenigen Minuten zum Quai d'Orsay brachte. Nach Abfahrt des Autos kam es zu einigen Zwischenfällen. Mitglieder der rechtsgerichteten Action Francaise bombardierte aus einem Kaffeehaus die Menge mit Gläsern und Stöbchen. Zwischen ihnen und verschiedenen Formationen aus der Menge kam es zu einer regellosen Schlägerei, bei der mehrere Teilnehmer nicht unerheblich verletzt wurden.



derung erfodern und eine dem gestunkenen Standard angepaßte greifbare Milderung erfahren, wobei gleichzeitig der Gedanke der Sachlieferung wieder stärker hervorgerufen muß. Wästen allerdings nicht eine Regierung befristet unterlaufen, wenn sie immer wieder zu außenpolitischer Aktivität angetrieben wird von politischen Kreisen, die von politischen Grundlagen ausgehen, welche letzten Endes Deutschlands Lage in der Welt noch mehr als es der Fall ist, erschweren müssen. Möchte sich die deutsche Linke an der außenpolitischen „Aktivität“ der Rechten ein Beispiel nehmen und durch eigene politische Zielsetzung mit dazu gebührender Energie den Knoten zu entwirren suchen. Wobin die deutsche Außenpolitik kommt, wenn sie von rechts her eingeleitet wird, sehen wir an dem jetzigen Ausgang der Genfer Tagung: Isolierung Deutschlands nach allen Seiten in einem Augenblick wo wir dringend der Freundschaft bedürfen.

Wie immer man zur deutsch-österreichischen Zollunion oder auch zum französischen Gegenvorschlag steht: all diese Projekte dürfen nicht als ad acta gelegt werden, sondern müssen den Anfang bilden zu einer wirklichen Aktion, die über eine Abtragung der Zollmauern zu einer europäischen Planwirtschaft führt. Hier, höfentlich zu wirken, müßte höchstes Ziel des Vektors der europäischen Staatsmänner Aristide Briand sein. Aus regionalen Wohlwollen, mögen sie nun von Deutschland oder von Frankreich aufzusehen sein, wird immer die Gefahr sich bekämpfender Staatenbündnisse entstehen, und auch die größten zur Verfügung gestellten Kapitalien helfen nichts, wie dieser Tage Dr. Wilhelm Grotrupp zutreffend im B. T. ausübte, wenn die mit Hilfe dieser Kapitalien hergestellten Waren nicht abgesetzt werden. Deutsches Zollunionprojekt und französischer Gegenvorschlag können und müssen daher der Vorkäuser sein zu einer Aktion in der Richtung europäischer Planwirtschaft als einziger Weg auf dem Gebiete der Außenpolitik, der Wirtschaftskrisis und dem Widerhältnis zwischen industriell-agrarischen Produktionsmöglichkeiten und Verbrauchbedarf durch entsprechende Standortlagerung zu begegnen; ein groß ansehnender und stark sozialistischer Vorschlag allerdings, jedoch der einzige — über den wirtschaftlichen Richtartrittsvorschlag Litwinows noch hinausgehend — der imstande ist, kommende Katastrophen, sowohl innen- wie außenpolitischer Art zu umgehen und der Menschheit wieder jenes Licht des Glaubens an eine bessere Zukunft zu geben, ohne dem das Leben, besonders in einer Zeit unsichtlos schwebenden Dahindämmern wie in der Gegenwart, zur unerträglichen Last wird.

## Kampf um Curtius

Unter diesem Titel schreibt Gen. Dr. Rudolf Breitscheid zum Ausgang der Genfer Tagung:

Curtius hat einem Ziel ausgetrebt, das im Grunde von jedem Deutschen gebilligt wird, aber er hat die mannigfaltigen Gefahren,



### Zu Pfingsten Sozialistischer Kongress in Tours

Paris, Mitte Mai 1931

Tours — der Name dieser weit südwestlich von Paris liegenden Stadt — hat für die französische Arbeiterbewegung eine tragische Bedeutung. In Tours sprachte sich vor einem Jahrzehnt die sozialistische Partei. Damals jubelte die Mehrheit der Partei der Moskauer Beschlüsse zu: 120 000 von den 150 000 damaligen Parteimitgliedern traten auf dem sozialistischen Kongress von Tours am 27. Dezember 1920 der neugegründeten kommunistischen Partei bei, und knapp 30 000 blieben der alten sozialistischen Partei treu. Auch der heutige Ministerpräsident Pierre Laval neigte damals zu den Kommunisten und fand die Sozialisten nicht radikal genug.

Seitdem haben sich die Arbeiter von den Kommunisten abgekehrt. Heute zählt die sozialistische Partei wieder 120 000 Anhänger, und die Kommunisten haben einen schwachen Rest von 25 000 Mann in ganz Frankreich. Wie man sich vor zehn Jahren in Tours nicht nur um die Frage der Volkshewerung des französischen Landes stritt, sondern auch um die Auffassung von der nationalen Verteidigung und der Abrüstung, so wird man auch auf dem diesjährigen Pfingstkongress der sozialistischen Partei, der in Tours stattfinden wird, um die Fortschritte zu unterstreichen, welche die sozialistische Propaganda in den letzten zehn Jahren in Frankreich gemacht hat, die Landesverteidigung und die Abrüstung als Hauptpunkte auf der Tagesordnung haben.

Die verschiedenen Tendenzen der französischen sozialistischen Partei gruppieren sich heutzutage um die von ihnen herausgegebenen Zeitschriften. Die von Pierre Renaudel veröffentlichte Zeitschrift *La Vie socialiste* (Das sozialistische Leben), deren Revolutionsvorschlag in Tours vom rechten Flügel der Partei eingebracht wird, läßt die Landesverteidigung zu, auch im kapitalistischen Staat. So hätten zum Beispiel die spanischen Sozialisten die Pflicht, die Errungenschaften der spanischen Republik gegen einen etwaigen Anarichismus des faschistischen Italiens zu verteidigen, ebenso wie die französischen Sozialisten die französische Republik. Denn, da die italienischen Sozialisten heutzutage völlig schwach sind, würde, wenn man den kriegerischen Angriff Italiens mit einer völligen Widerstandslosigkeit beantwortete, dasjenige Land am stärksten leiden, das die meisten Sozialisten hätte!

Demgegenüber hat die *Bataille socialiste* (Sozialistische Schlacht) eine andere Resolution ausgearbeitet, die unter anderem vom Generalsekretär der Partei Paul Faure, vom Parteisekretär Séverac und von Trombki unterschrieben ist. Sie bestritt nicht das Prinzip der Landesverteidigung, lag aber darüber: „Nur der Sozialismus kann der Landesverteidigung ihren vollen historischen und menschlichen Sinn geben. Denn der Sozialismus will die Massen nicht unterdrücken, sondern befreien, indem er ihr Streben nach Einheit und Harmonie unterstützt“. Infolgedessen wollen die Verfasser dieser Resolution, daß die sozialistischen Parteien aller Länder stets das Budget des Kriegsministeriums burgogener Regierungen ablehnen, und daß Frankreich die praktische Initiative in der Abrüstung ergreifen soll. Eine weitere Entscheidung, hinter der Parinet steht, der Vorsitzende der Pariser Gruppe der sozialistischen Partei, und Logoracette, befaßt: „Für uns gibt es überhaupt keine Landesverteidigung, weder eine demokratische, noch eine sozialistische. Wir wollen gegen die patriotische Tradition in der Partei, die Tradition eines Bakant und eines Jaurès anämpfen. Wenn Friedrich Adler sagt, man muß in einem gewissen Moment zwischen Vaterland und Menschheit wählen, so entscheiden wir uns ohne Vorbehalt für die Menschheit gegen das Vaterland“. Eine vierte Resolution, die von dem Faschistenführer René Valfort vorgelegt wird, tritt in härtester Weise für die Kriegsdienstverweigerung ein: „In einem zivilisierten Staat ist eine Landesverteidigung überhaupt nicht möglich. Für das Proletariat bedeutet der Krieg immer auf jeden Fall Elend und Unglück“. Schließlich hat die extreme Richtung der Zeitschrift *L'Action socialiste* (Richtung Micaume) eine eigene Resolution mit Anklagen an kommunistische Gedankengänge vorgelegt. Louis Levy und Jean Longuet (der Enkel von Karl Marx) werden zu Beginn des Kongresses von Tours beantragen, man solle überhaupt nicht über die Landesverteidigung sprechen, da dies nur eine theoretische Debatte sei, sondern statt dessen nur über die Abrüstung, im Hinblick auf die Anfangs nächsten Jahres stattfindende internationale Abrüstungskonferenz. Kurt Lens.

#### Krisis auf der Weizentkonferenz

London, 22. Mai. (Eig. Draht.) Die Konferenz der weisenausführenden Länder, über deren Zusammenritt und Aufgabentkreis wir berichtet haben, ist in eine Krise eingetreten, die durch die Haltung der russischen Delegation hervorgerufen wurde, und vielleicht zum Zusammenbruch der Konferenz führen wird.

#### Roundtablekonferenz am 29. Juni

London, 22. Mai. (Eig. Ber.) Die Konferenz am runden Tisch, die Indien die neue Verfassung geben soll, wird am 29. Juni ihre Arbeiten in London aufnehmen. In diesem Tag wird der Interkonsult, der die bundesstaatliche Verfassung zu bearbeiten hat, aufgenommen, während die Volksversammlung sich erst Anfang September vereintigen wird.

## Wer ist futterkrippenreif?

### „Altpreußische“ Schlemmerei als Voraussetzung für Staatsamt

Wir sozialdemokratischen Bananen sind im Großen und Ganzen der Meinung gewesen, daß neben der politischen Mordserie der Erzberger, Gareis und Rathenau eine Serie prominenter republikanischer Staatsmänner zu beklagen ist, die man auf alte Wege, d. h. durch Untergrabung ihrer Gesundheit und durch seelische Zermürbung zur Strecke gebracht hat.

Ein völkisches Blättchen mit dem Namen Deutsche Front in Somburg ist anderer Meinung. Es hat vor einigen Tagen folgende immerhin neuartige These aufgestellt: Dieser Ebert, dieser Stresemann und dieser Müller haben sich über freigegeben! Sie haben die üblichen Maßzeiten ihrer Ministerkrippe eben nicht richtig verdaut und sind dann eben mit vollem Recht vorzeitig freigegeben.

Über man muß das wörtlich genießen, was dieses Blättchen schreibt:

„An dieser Stelle ist schon einmal nachgewiesen worden, daß die republikanischen Würdenträger, soweit sie aus kleinen Verhältnissen stammen, die mit hohen Ämtern verbundene Lebensweise sehr oft nicht vertragen können. Die Würdenträger des alten Staates waren von Jugend an an die vielen und andauernden Tafeleien, an die schwere, fette und üppige Küche gewöhnt. Den neuen Würdenträgern ist diese mit ihren Ämtern verbundene Lebensweise meist nicht bekommen. So sind fast alle daran krank geworden, zum Teil auch gestorben. Ebert, Stresemann, Hainisch, Müller usw. Andere, wie Pöhl und Wirth sind knapp am Tode vorübergegangen. Wer das mit Regierensarbeit verbundene üppige Leben gelindebittlich nicht vertragen kann, der bleibe weg und überlasse diese Ämter solchen Leuten, die durch Geburt, Erziehung und Gewohnheit dafür geeignet sind.“

Also — der tiefere Sinn des Ergusses ist doch wohl folgender:

Wer sich an unsere Futtermühle wagt, ohne der Schule der altpreußischen Schlemmerhaftigkeit im mindesten in der dritten Generation entlassen zu sein! Jedem „mangelhaft vorgebildeten“ Proleten zerrückt es mit vollem Recht den Bauch!

### 15 000 Mark für ein Nebenamt

So sah Frids „Erneuerungspolitik“ aus

Im Haushaltsausfluß des Thüringischen Landtags wurde mit dem Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung des Landtags und der Volkspartei der Vertrag abgelehnt, den Frid mit seinem Partei-

freund Schulze-Naumburg als Leiter der Kunstschule in Weimar abgeschlossen hat.

Der Vertrag enthält die Klausel „vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags“. Diese Klausel war auf Verlangen des Finanzministers Baum in den Vertrag aufgenommen worden. Frid hat aber den Vertrag dem Landtag nicht vorgelegt.

Abg. Geier (W.) erklärte, Frids Verhalten grenze an Verfassungsverstoß. Seine Partei halte Schulze-Naumburg infolge seiner einseitigen parteipolitischen Einstellung für nicht geeignet, als Leiter der Kunstschule zu fungieren. Der Vertreter des Landtags erklärte, dem Vertrag nicht zustimmen zu können, weil er für Schulze-Naumburg ein Gehalt von 15 000 M. jährlich vorsieht, während die Nationalsozialisten verlangten, daß die Minister nur 12 000 M. erhalten. Das sei insonderheit, zumal Schulze-Naumburg auch noch seinen Beruf ausübe und die Aufsicht über die Schule nur nebenberuflich sei.

Was sagen die Nazimitläufer zu dieser „Erneuerungswirtschaft“?

### Markierter Kommunistenüberfall

Selbstverwundung eines nationalsozialistischen Reichswehrschützen

Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den früheren Schützen bei der Reichswehr, Werner Löwe, wegen vollendeter Selbstverwundung aus § 81 (Militärstrafgesetzbuch) zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis.

In der Verhandlung hat Löwe erklärt, er sei zunächst in Wühnsdorf im Ausbildungsbataillon von Unteroffizieren sehr schlecht behandelt worden. In dem Potsdamer Regiment, in das er dann kam, habe der Hauptmann bei einer Kompaniebesprechung erklärt, man habe mit einem Putz von rechts zu rechnen und in diesem Falle müsse die Reichswehr, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen habe, notfalls auch schießen. Sein Gewissen habe aber nicht zugelassen, auf „nationale Leute“ zu schießen. Deshalb habe er vom Militär fortzukommen wollen. Der Angeklagte hat sich dann bei einem Urlaub mehrere Messerstücke beigebracht und angegeben, er sei nachts von mehreren Leuten, die Sowjetabzeichen trugen, überfallen worden! Tatsächlich war damals von der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen die unbekannt Täter eingeleitet worden. Löwe erklärte weiter, er habe in Potsdam viele nationalsozialistische Parteischriften gelesen und deshalb unbedingt von der Reichswehr freikommen wollen, um nicht auf seine Gesinnungsgenossen schießen zu müssen. Um sich einen Revolver verschaffen zu können, schrieb er Drohbrieve gegen sich selbst mit der Unterschrift „Rot Front“. Später schoß er sich dann schließlich in den Arm. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 1 Jahr 4 Monate Gefängnis und hob hervor, daß in der Reichswehr unbedingt auf Disziplin gehalten werden müsse. Strafverjährung sei, daß der Angeklagte nicht davor zurückgeschreckt sei, den Verdacht auf Unschuldige zu lenken. Das Gericht fällte das oben wiederangebene Urteil.

### Der Papst gegen faschistische Gewalttaten

Rom, 22. Mai. Das vatikanische Organ der Obersten Romano veröffentlichte viele Einzelheiten über die Verfolgungen und faschistischen Gewalttaten, die der katholische Studentenverband in Italien zu erleiden hat. Der Papst ließ sich bei einem Empfang der italienischen Vertreter jede Einzelheit genau schildern. Er sagte Worte starker Empörung dagegen, verurteilte energische Schritte zu unternehmen, verlangte daß jeder einzelne Fall ihm sofort gemeldet wird. Jeder Fall dieser Barbarei müsse auch in die Presse der ganzen Welt kommen. Man müsse diese faschistischen Gewalttaten vor der ganzen Welt anklagen. In Parma wurde das Haus der katholischen Studentenschaft zerstört. In Turin, in Modena, in der Provinz Romagna hatten die Katholiken feindliche Demonstrationen mit gefährlichen Drohungen zu erleiden usw. Jeder Student, der dem katholischen Verband angehört, wird aus der staatlich genehmigten, also faschistischen Studentenschaft ausgeschlossen. Das ist nur ein Kapitel des unterirdisch fortwährenden Kampfes zwischen katholischen Verbänden und Faschisten.

### Aufmarschverbot in Württemberg

Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel

Stuttgart, 22. Mai. (Eig. Draht.) Das württembergische Innenministerium hat mit Wirkung vom 22. Mai auf Grund des Artikel 125, Absatz 2, der Reichsverfassung in Verbindung mit § 1 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bis 30. September 1931 für Württemberg alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich der Aufzüge und Propagandafahrten verboten. Unter Propagandafahrten fallen nicht nur Fahrten mit Lastwagen, sondern auch solche mit anderen Verkehrsmitteln.

Diese Verordnung ist offensichtlich unter dem Eindruck der Ausländische Innenministerkonferenz am Donnerstagabend in Stuttgart auf Grund nationalsozialistischer Propagandafahrten entstanden und bei denen die Polizei schmächtig verlor und sich als unfähig erwies, Zusammenstöße durch geeignete vorbeugende Maßnahmen zu verhüten.

### Dritte Reich-Phantasien des Zinsbrechers

München, 22. Mai. (Eig. Draht.) In das vornehmste Hotel Augsburgs, das „Palasthotel zu den 3 Mühren“, hatten die Nazis die prominenten Leute der Augsburger Wirtschaft und Geschäftswelt zu einer Besprechung für den 21. Mai einladen. Die Einladung war im Besonderen mit dem Hinweis begründet, daß sich in allernächster Zeit das deutsche Schicksal entscheiden werde. Den nicht gerade zahlreich erschienenen hielt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, „Zinsbrecher“ Feder, einen Vortrag, in dem er u. a. ausführte:

Die Nationalsozialisten würden in nächster Zeit unbedingt zur Herrschaft kommen und dann würde eine Neuordnung der Wirtschaft eingeführt. Von einer Sozialisierung könne keine Rede sein. Die jetzt bestehende Wirtschaft müsse quer geteilt werden, wobei die freien Gewerkschaften zurunde gehen müßten. Die in Aussicht genommene Arbeitsdienstpflicht gebe allerdings nur 500 000 Arbeitern Beschäftigung. Es komme aber hinzu, daß etwa eine Million Leute mit Hausreparaturen beschäftigt würden, denn im dritten Reich bekommen nur solche Hausbesitzer von den Mietzins, die ihre Reparaturen vorlegen. Am Schluß seines Vortrags wies Feder nochmals besonders darauf hin, daß die Nationalsozialisten noch in diesem Jahre die Zinsnechtheit brechen und für zehn Millionen Leute Arbeit schaffen würden. Der Tag sei nicht mehr fern, an dem Brüning mit seinen Notverordnungen machtlos dastehet.

### Kompromiß zwischen Brüning u. Bayern

München, 22. Mai (Eig. Draht.) Die Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und dem Reichkanzler Dr. Brüning über die Steuervereinfachungsgeleise haben jetzt zu einem Kompromiß geführt. Die Reichsregierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß das Steuervereinfachungsgeleise aus dem Rahmen der Notverordnung herausgenommen und der parlamentarischen Behandlung zugeführt werden.

## Haben Sie empfindliche Füße? Tun Ihnen Ihre Füße weh?

dann empfehlen wir Ihnen einen Besuch in unserem soeben eröffneten

### BURGIT-FUSSPFLEGE-DIENST

Dort werden Ihre Füße kostenlos geprüft (Einzelkabinen), erfahrene Fuß-Spezialisten beraten Sie — ebenfalls kostenlos. Ganz gleich, ob Sie an Hühneraugen, Ballen, Fußschweiß usw. leiden, oder ob Sie Fußschmerzen anderer Art haben: Wir können Ihnen sofortige Erleichterung verschaffen! Ihr Besuch verpflichtet Sie zu nichts.

**BURGIT-FUSSPFLEGE** KARLSRUHE, KAISERSTRASSE 114





# Polizei und Gummiknüppel

## Kritik an der Polizei - Hege gegen Minister Dr. Kemmele - Nationalsozialistische Frechheiten - Köhlergeschichten - Personalbeschwerden - Eine unerfreuliche Debatte

Zur Abwehrlung war auch einmal die badische Polizei die Zielscheibe der Angriffe von rechts und links. An sich könnte man nach einem bewährten Grundsatze feststellen, daß wenn so zwei Extreme wie die Kommunisten und die Deutschnationalen und Nationalsozialisten die Polizei dazwischen nehmen, diese sicher auf dem richtigen Wege ist. So ganz möchten wir allerdings diese Feststellung nicht für wahr halten. Denn es scheint besonders in Schopfheim die Polizei doch etwas zu stark daneben „gebaut“ zu haben. Aber man muß andererseits auch die Stellung der Polizei berücksichtigen. Denn auch diese Leute haben Nerven, sind Menschen mit Fleisch und Blut! Und wenn man derart gehet, dauernd in Atem, in Alarm, in Bereitschaft gehalten wird, wie es in unruhigen Tagen bei der Polizei der Fall zu sein pflegt, dann kann man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn auch diesen Beamten einmal der Gaul durchgeht und sie schärfer dreinfahren, wie es angebracht und richtig ist. Das Benehmen und die Prozeduren der Heidelberger Studenten, aufgeleitet durch die Nationalsozialisten, gegenüber der Polizei überschritten doch jedes Maß. In Schopfheim haben die Kommunisten die Massen zur Siedehitze aufgeleitet. Wenn die Polizei dann zu schärf zugriff, rückwärtslos, ja brutal wurde, Unschuldige wie Schuldige mit dem Gummiknüppel bearbeitete, so ist das wohl nicht zu entschuldigen, aber, mer diese Zusammenstöße schon miterlebt hat, wird auch Verständnis für die Haltung der Polizei haben. Die Regierung stellt sich vorbehaltlos vor ihre Polizei; dennoch wäre zu wünschen, wenn sie auf Grund des vorgebrachten Materials erneut eine Prüfung vornehmen würde. Denn, wenn Unrecht geschah, so ist es auch keine Schande, wenn dies eingestanden wird.

Konnte die Opposition aus ihren Polizeibeschwerden kein Agitationsgeschäft machen, so erst recht nicht die Nationalsozialisten mit ihrer Anfrage über die Beihilzung ihrer Partei durch die Polizei. Ein klägliches, dürftiges Material brachte der Abg. Köhler vor. Unwahrheiten, Vertuschungen und Uebertreibungen! Die knappe Antwort der Regierung verleitete die Mitglieder in Rastrel. Auch das Haus tat den Köhler und Genossen nicht den Gefallen, sich in eine Auseinandersetzung einzulassen. Ein tüchtig verlassenes Geschäft. Dabei wäre es doch der Regierung nicht zu verübeln, wenn sie diese volks- und staatsgefährliche Partei auf schärfste beobachtete würde, wie man auch alle Krankheiten und schädliche Auswüchse aufmerksam verfolgt, um sie mit Erfolg bekämpfen zu können.

Den Nachmittag füllte größtenteils eine sehr unerquickliche Personaldebatte aus. Parteileistungsstellen! Stundenlang warfen sich die Parteien ihre gegenseitigen Sünden in Personalsachen vor! Wir fürchten, daß diese Ausprüche nach außen hin schlimme Auswirkungen haben wird! Der Pfingsttag herrschte an diesem letzten Sitzungstage nicht im Landesparlament. Im Gegenteil, es waren gewisse Parteien von allen guten Geistern verlassen!

Fünf Stunden lang stritt man um diesen einen Punkt der Tagesordnung herum. 14 weitere Punkte fanden um 8 Uhr abends noch zur Erleuchtung! 9 Stunden hatte man die Stenographen und die Berichterstattung in Anspruch genommen. Diese Art der Landtagsverhandlungen ist eine Schanderei und eine Rücksichtslosigkeit, zumal, wenn man noch berücksichtigt, daß wochenlang vorher Zeit gewesen wäre, diese Fragen zu behandeln. Dabei war kein Gegenstand so wichtig, daß er nicht auch noch nach Pfingsten hätte behandelt werden können. Der Landtag sollte doch auch bedenken, daß diese Art der Verhandlungen im Lande draussen gerade nicht den besten Eindruck machen wird. Schließlich ist der Landtag doch auch gewählt worden, damit er tagt! Die Absicht, vor Pfingsten sich zu verziehen, ist nun doch nicht erreicht worden. Das Haus muß auch im Juni nochmals zusammen treten.

h. w.

In der Ausprache meint

Abg. Reinhold (Soz.)

daß in der Erziehung der Polizei bei den oberen Stellen doch nicht das Maß eingehalten wird, das in solchen Dingen nötig ist. Man kann oft sehr unterschiedliche Behandlung seitens der Polizeibeamten feststellen. Der eine Schuttmann gibt höfliche Antwort, der andere läßt den Militärstil zu sehr noch durchschlagen. Die Erziehung sollte mehr Beachtung geschenkt werden. Die Veranlasser der Demonstrationen sollten sich ebenfalls an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Die Veranlasser der Demonstrationen in Schopfheim wußten, daß das Verbot bestand. Aber die Teilnehmer wurden mißbraucht. Der Minister möge den vorgebrachten Klagen nochmals nachgehen.

Kein Minister ist auf seinen Wahlkreisen von Schupo begleitet worden. Minister Dr. Kemmele hat noch nie Polizeischutz und Polizeibegleitung verlangt. Aber auch ein Minister hat das gleiche Recht wie jeder Staatsbürger, daß er geschützt wird. Als in Mannheim Sozialdemokraten und Kommunisten besaßen, eine nationalsozialistische Verammlung zu besuchen, da war es der Abg. Pensa, der zum Polizeidirektor ging und um Polizeischutz für seine Verammlung eruchte. Im Rahmen der allgemeinen Polizeierordnung wurden die Verammlungen des Ministers genau so geschützt wie andere Verammlungen. Die Anfrage des Herrn Dr. Schmittbenner ist ein Aufstoß!

Die Vorgänge in Heidelberg haben nicht durch das Einlegen der Polizei der Stadt geschadet, sondern durch den Stempel der Studentenschaft. Heidelberg hat kein Ansehen verloren, weil es eine Stadt ist, in der banditenmäßig die Strafe beherrscht wird. Allgemein hat man in Heidelberg das Aufsteigen der Studentenschaft verurteilt. Es wird in den nächsten Wochen wieder zu Ständegeschichten kommen, so daß vielleicht die Aufrechterhaltung der Universität in Frage gestellt ist. Die Erziehung der Polizei muß so sein, daß jeder Mann den Augenblick erkennt, wo er mit dem Gummiknüppel eingreifen muß. Wird die Polizei in solcher Weise erzogen, dann ist der Antrag der Deutschnationalen unnötig. Für den Antrag betr. Schopfheim stimmen wir nicht, weil die Kommunisten dort die Schulbänke hind, wenn wir auch das überhöfste Eingreifen der Polizei nicht billigen können.

Die Vorgänge (Soz. Volksd.) will es wahr haben, daß der Minister sich von Schupo begleiten ließ. Der Redner trägt zum Schluß in durchaus ungenügender Betonung das schöne Gebot: „Freiend mit viel schönen Reden“ vor. Erfolg: ungenügender Erfolg. — Abg. Soudel (Str.) bezeichnet seine Vorgänge in Heidelberg als kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Universität. Die Studenten wurden von den Nationalsozialisten mißbraucht, deren Bewegung ins Stöden geraten war. Anführer war der nationalsozialistische Stadtrat Dr. Wendroth. Der alte Staat hat seine Autorität viel energischer aufrecht erhalten, wie die Demokratie. Das Volk hat die Auffassung, daß die Demokratie ihre Autorität viel zu lax aufrecht erhält. Die Anträge würden vom Zentrum abgelehnt. — Abg. Köhler (N.S.) befreit dem Minister einen besonderen Schutz. Besäglich der Heidelberg Vorgänge steht der Redner natürlich auf Seite des Herrn Dr. Schmittbenner. — Abg. Bauer (D.N.) lehnt den Antrag Schmittbenner ab und vertritt die Auffassung der unbedingten Erhaltung der Staatsautorität. — Abg. Schmittbenner (Str.) u. Bauerna, ist selbstverständlich ein tapferer Sekundant des Herrn Dr. Schmittbenner. — Abg. Heßlein (Dem.) meint, alle die, denen wirklich das Wohl und Ansehen der Stadt Heidelberg am Herzen liegt, sollten anders vorgehen, wie es heute durch Herrn Dr. Schmittbenner geschieht. Die Heidelberg akademische Jugend ist durch eine Dege in eine Panne getrieben worden. Selbst der radikalste Nationalsozialist hat so viele Besorgnisse, daß er nicht nur passiv sondern aktiv seine Interessen vertreten kann. Es ist grotesk, daß eine Partei, die den Staat auf schärfste bekämpft, verlangt, daß dieser Staat keine Ordnung auf der Strafe mit Konfetti und Guirlanden aufrecht erhält.

Abg. Grohans (Soz.)

meist eine Behauptung des Abg. Köhler, Abg. Reinhold sei schuld an dem feinerzeitigen Tode des Majors Scherer, scharf zurück. Reinhold hat versucht, die Dinge zu meistern. Als er eingriff, war das Unheil bereits geschehen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat jene Tat scharf verurteilt. Früher gab es allerdings keine Gummiknüppel, aber Blamé Sabel. Damals haben die Gummiknüppel den bedingten Tätigkeitsbereich nicht aufzuheben. Es ist Zeit, daß die vergebende Tätigkeit gewisser Parteien ein Ende hat.

Minister Dr. Kemmele meint fest, daß Dr. Kemmele von sich aus keine Polizei angesehert und auch keine Polizei bekommen hat. Die Polizeibeamten waren durch Gesetz des Ministers ernannt worden, alle Verammlungen politisch zu schützen. Die Polizei hat nach diesen Anweisungen gehandelt. Bei der besonders scharfen Hege gegen den Minister Kemmele war die Polizei oft genötigt, die Verammlungen besonders zu schützen. Wenn die Redner oft hoch wurden, so trägt daran die Agitation der nationalsozialistischen Partei die Schuld. — Der badische Polizei und Gendarmerei sei Dank und Anerkennung aussprechen für ihre Pflichterfüllung in den letzten Jahren. Die Vorgänge in Heidelberg und Schopfheim wurden nicht von der Polizei provoziert, sondern von den Nationalsozialisten und den Kommunisten. Der Dr. Wendroth in Heidelberg hat bei ihnen Vorkäufen eine Rolle gespielt, um die er nicht zu beneiden ist. Die Polizeibeamten erhalten über ihr Verhalten eingehende Belehrungen; auch über den Gebrauch des Gummiknüppels. Die Anträge haben auch den Zweck, die Polizei würde zu mäßigen. Die Polizei hat die Aufgabe, den heutigen Staat und seine Ordnung zu beschützen. — Die Legalität der Nationalsozialisten ist heute so und morgen so. In der einen geben sie über vor Legalität, in der anderen Verammlungen sind sie illegal, lassen Köpfe rollen. Die Anträge sollten abgelehnt werden. Abg. Köhler (N.S.) hält es für nötig — wohl weil es zur Zeit von Pfingster für zweckmäßig gehalten wird — die Legalität seiner Partei zu betonen! — Minister Dr. Kemmele gibt dem Vorredner noch eine kurze, treffliche Antwort. — Damit ist die Beratung beendet. Es folgen Schlussworte der Abg. Dr. Schmittbenner (D.N.) und Bod (Rom.), wonach die Anträge abgelehnt werden und dem Ausschussantrag ausgemittelt wird. Darauf wird um halb 2 Uhr die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf 3 Uhr festgesetzt.

47. Sitzung.

Die Nationalsozialisten fühlen sich bespöttelt. Deshalb haben sie zwei förmliche Anfragen eingebracht. In der einen Anfrage behaupten die Herren, die Polizei unterhalte in der NSDAP ein ausgedehntes Netz von besetzten Spionen und Vespionen. In der anderen Anfrage behauptet die Anfrage, das badische Innenministerium sammle Material gegen die SA, der NSDAP, um gelegentlich ein SA-Verbot herbeiführen zu können. Der Begründer der Anfragen, Abg. Köhler (N.S.), erzählt eine grobe Räubergeschichte. So soll der Volksfreund sein Material gegen die Nationalsozialisten durch Spittel erhalten haben. Die politische Polizei arbeite eng zusammen mit dem Volksfreund.

Ministerialrat Dr. Bask erwidert, daß es unzutreffend sei, daß die Polizei ein organisiertes Spittel- und Vespitensystem unterhalte. — Als ein Nationalsozialist, selbstverständlich der Abg. Köhler, die Antwort als eine Frechheit bezeichnet, protestiert der Minister Dr. Wittenmann auf das Heftigste gegen diese Bemerkung. Abg. Kraft erhält einen Ordnungsruf. — Auf die zweite Anfrage erwidert der Regierungsvertreter, daß auch die SA nicht bespöttelt werden. Doch wende die Regierung der Entwicklung der SA-Bewegung größte Aufmerksamkeit zu. — Abg. Köhler erhält ebenfalls einen Ordnungsruf. Die Herren waren während, daß durch ihre Absicht, wieder ein Agitationsgeschäft zu machen, vom Hause ein Strich gemacht wurde. Eine Besprechung der Anfragen wurde nämlich nicht beliebt.

Drei weitere förmliche Anfragen befassen sich mit

Personalangelegenheiten

Die liberale Arbeitsgemeinschaft ist mit der Ernennung des Oberforstrats Emil Ruz zum Landesforstmeister nicht zufrieden. Abg. Dr. Mattes bekräftigt die diesbezügliche förmliche Anfrage. — Die Deutsche Volkspartei trägt weiter, welche Schritte die badische Regierung hinsichtlich der Befetzung der Reichspostpräsidentenstelle in Karlsruhe getan hat. — Und schließlich hat das Zentrum Bedenken wegen der Ernennung des Hauptlehrers Hofeins zum Stadtoberlehrer in Heidelberg. Auch hierüber wird die Regierung förmlich angefragt.

Auf die erste Anfrage antwortet Ministerialrat Dr. Frech, daß ein Wechsel im Fortbewirtschaftungssystem nicht in Betracht komme. — Die zweite Anfrage betr. die Reichspostpräsidentenstelle in Karlsruhe bekräftigt Abg. Bauer (D.Volksp.). Er besorgt sich darüber, daß diese Stelle mit einem Nichtbadener besetzt werden soll. — Ministerialrat Dr. Frech erwidert, daß der Reichspostminister mit der badischen Regierung wegen der Befetzung einverstanden gewesen sei. — Die Anfrage des Zentrums bekräftigt Abg. Soudel (Str.). — Auch hier antwortet Ministerialrat Dr. Frech. Der Stadtrat von Heidelberg hat an erster Stelle den Herrn Hoffeins vorgeschlagen, der sich als früherer Obmann des Badischen Lehrervereins ein reiches Maß von Wissen erworbt, außerdem liebt er auf dem Boden der Republik.

Ueber diese „hochwichtigen“ Dinge entspinnt sich eine längere Debatte, die von Abg. Dr. Wolkhard (Dem.) eröffnet wird, der eine Kilometerrede hält, in der er sich scharf gegen die Anfrage bezieht. seinen Parteifreund Hoffeins wendet. Abg. Soudel (Str.) wendet sich gegen den Vorredner und weist seinerseits nach, daß die Katholiken auch heute noch einen kleinen Prozentsatz der oberen Beamten- und Verwaltungsstellen einnehmen. Erbsüßlich war diese öffentliche Verhandlung der Personalfragen wirklich nicht! — Abg. Dr. Wolkhard (N.S.) hofft, daß die Ernennung des neuen Landesforstmeisters nicht zum Schaden des schönen badischen Waldes gereichen möge. Soffentlich werde ein Badener Oberpostpräsident auf dem Posten des Heidelberg Stadtoberlehrers hätte er lieber einen anderen Mann gesehen. Der Redner betont zum Schluß, der heutige Tag sei ein schwärmer Tag. — Abg. Köhler (Soz. Volksd.) hält seinerseits den evangelischen Postteil für benachteiligt. Es sprechen noch die Abg. Köhler (N.S.), Dr. Wolkhard (Dem.), v. Au (Völkisch und Bauerna), Dr. Köhler (Str.). Um 4 1/2 Uhr stellt die Berichterstattung ihre Tätigkeit ein. Es war nicht abzusehen, wann die Debatte und die Sitzung ihr Ende findet, zumal auch keine Mittelungen über die Geschäftslage gemacht wurden. Die nächste Sitzung wird Anfang Juni stattfinden.

## Partei-Nachrichten

Arbeiter-Internationale der Bodenseegegend

Arbeiter und Arbeiterinnen!  
Am 14. Juni 1931 werden in St. Gallen (Schweiz) die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bodensee-Region, gegen Faschismus, gegen Lohnraub und gegen jede Verschlechterung der Sozialverhältnisse der Arbeiter und Angestellten, für den Abbau der Schutzzölle, für den Frieden und die Demokratie aller Völker demonstrieren.

Für diese Massensammlung am 14. Juni ist folgendes

Programm

vorgesehen:  
Samstag, 13. Juni, abends: Demonstrationen und Fackelzug der sozialistischen Arbeiterjugend. Ansprache für die sozialistische Jugendinternationale, Nationalrat Heimann, Wien.  
Sonntag, 14. Juni: Empfang der Teilnehmer am Bahnhof, 10 Uhr: Eröffnung der Kundgebung mit Vorträgen des Sängerkartells, Begrüßung durch den Bezirkspräsidenten und den Präsidenten der A. B. S.

Ansprachen:

Nationalrat Dr. Wolkhard für Deutschland.  
Nationalrat Dr. Wolkhard für Österreich.  
Nationalrat Dr. Wolkhard für die Schweiz.  
Nationalrat Casparini für die italienisch sprechenden Arbeiterinnen und Arbeiter.  
Abschluß der Vorkundgebung mit dem gemeinsamen Gesang: „Die Internationale“.

Nachmittags:

13.30 Uhr: Auffstellung zum Demonstrationsszug.  
14 Uhr: Demonstrationsszug durch die Stadt St. Gallen.  
Nach dem Demonstrationsszug Festvortragsaufführung:

„Der Tag wird kommen“

unter Leitung des Gen. Hochmann vom Stadttheater St. Gallen und Umgebung.

Es trennen uns nur noch einige Wochen bis zum 14. Juni, dabei melde sich jeder Arbeiter, Arbeiterin, Angestellte oder Kleinrentner bei seiner zuständigen Landesorganisation der Partei, Gewerkschaft oder Sportorganisation zur Teilnahme an dieser Massensammlung in St. Gallen.  
Bregenz, St. Gallen, Mai 1931.

Der Vorstand der Arbeiter-Internationale der Bodensee-Region

Vertrauens-

Das Organisationskomitee in St. Gallen

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer Groß-Frankfurt, Dienstag, 26. Mai, 15 Uhr, Volkshaus, im Saal des Saalbauvereins, Verammlung. 1. Um welche schulpolitischen Kampfsache geht es eigentlich? Referent: Genosse Könenstein, M. d. R., Berlin.  
2. Jahresbericht und zukünftige Arbeit. Referent: Genosse Jourdan, M. d. R., Frankfurt a. M., Mittwoch, 27. Mai, 21 Uhr, Lage Einzelheit, Kaiserstraße 37: Gemütliches Beisammensein mit Angehörigen. Alle auf der Lehrertagung anwesenden parteigenössigen Lehrer sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Chefsekretär: Georg Schöpfung. Verantwortlich: Volpert, Pfingst, Baden, Volkshaus. Aus der Welt, Seite Nachrichten: E. Graubach, Landtag, Gemeinderatliche Nachrichten, Partei, Kleinbadische Chronik, aus Mittelbaden, Durchsicht, Berichtsetzung, Neuenweg Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Frauenblatt, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Stiele, Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Bräuer. Eämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe

Versöhnen Sie sich mit Ihrem beleidigten Magen. Es ist ja nicht allein seine Schuld, daß es ihm jetzt schlecht geht, wenn er auch etwas überempfindlich ist. Ein wenig aufmerksame Behandlung durch Einnehmen von einem halben Teelöffel oder 2-3 Tabletten Bullrich Salts nach jeder Mahlzeit, verhindert Verdauungsstörungen.

**Bullrich-Salz**  
NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ

Packung nur 0,30  
Tabletten nur 0,25



### Hohenzollernpropaganda der Hitlerpartei

Vor kurzem fand auf dem Schloß der Leiterin des „Königin Luise-Bundes“, Gau Schlesien, eine bedeutende politische Konferenz statt, deren Teilnehmer sich aus den Kreisen des schlesischen Adels und Großgrundbesitzes, sowie des „Stahlhelm“ rekrutierten. Gegenstand der Tagung sollte sein eine Besprechung der allgemeinen politischen Verhältnisse in Preußen und im Reich. Unmittelbar nach Eröffnung der Konferenz erschien — stürmisch begrüßt — das verflozene Kronprinzenpaar.

Vor diesem Gremium — profane Nationalsozialisten hatte man offensichtlich ferngehalten! — sprach der Gauleiter der Hitlerpartei in Schlesien, Reichstagsabgeordneter Brücker. Nachdem er sich in längerer historischer Darlegung versucht hatte, erklärte er mit erhobener Stimme, daß die NSDAP planmäßig auf die Erhaltung einer Monarchie, die über dem Parlament und über den Parteien stehe, hinarbeite und zum gegebenen Zeitpunkt mit diesem Programm vor die Öffentlichkeit treten werde; von gewissen Kreisen werde als notwendige Vorstufe hierzu eine besondere Art der „Regentschaft“ propagiert. Die Hitlerpartei betone jedoch zu diesem Plan, dem sie durchaus nicht abweisend gegenüberstehe, daß für diese Regentschaft, ebenso wie für die Monarchie, „nur ein Mitglied des Hohenzollernhauses“ von ihr anerkannt würde. — Diese Erklärung, die Brücker mit einem vielstündigen Blick auf das Kronprinzenpaar absah, löste größte Bewegung im Saale aus und erregte frenetischen Beifall.

Brücker gab ferner bekannt, daß zu Anfang Juni in Dels, dem Stammsitz des Kronprinzen, ein gemeinsamer Aufmarsch der hiesigen Sturmabteilungen und des schlesischen Stahlhelms erfolgen werde; die Parade würde vom Kronprinzen und vom Ministerpräsidenten „Seite an Seite“ abgenommen. Er, Brücker, wolle diesem Aufmarsch, an welchem sich eine einachebende Ausparade zwischen den Führern der Hitlerpartei, des Stahlhelms und dem Kronprinzen anschließen werde, die „größte politische und historische Bedeutung“ bei.

Schließlich erklärte Brücker, es sei „durchaus kein Zufall, daß die NSDAP seit Monaten schon und in immer verstärktem Umfange den Hohenzollernprinzen August Wilhelm als Redner auftreten lasse“. Es läge im jetzigen Stadium der Entwicklung darauf an, die „Massen des verheuten deutschen Volkes wieder an ihre Tradition heranzuführen“, der Proletariat brauche, um überhaupt leben zu können, einen festen Halt, der „gleichermachen im Gefühl und in der Verunft verankert“ sei. Diesen „Halt“ aber könne — neben einer starken, nationalen und sozialen Reichsleitung durch neue Männer — nur die Hohenzollerndynastie“ gewähren. — Auf eine Sonderfrage betriebs der hohenzollernfeindlichen Einstellung des Programmatikers der Hitlerpartei, Feder, die in dessen Schriften zum Teil in sehr drastischer Weise zum Ausdruck gekommen sei, erklärte Brücker, daß Feder seinen „Arrtum“, der auf die systematische Massenverhetzung nach der Revolution zurückzuführen sei, längst als solchen erkannt und revidiert habe; im übrigen seien die entsprechenden Stellen in Feders Schriften bei der Neuauflage gestrichen.

Mit diesem Wort ging Brücker auf die Stellung der Hitlerpartei zu dem ehemaligen Bawarischen Königsausen ein; Anfragen in dieser Richtung wurden leichnamweise nicht gestellt.

Zu dieser offenen Schwermut der Hitlerpartei zum Gebanten der Hohenzollerndynastie erfahren wir, daß sie in weiten Kreisen der NSDAP erhebliche Mißstimmungen, die an einigen Stellen sogar in Rebellion grenzt, erzeugt hat. Obwohl man durch gezielte Regie gestiftet bestrebt war, die Tatsache und — vor allem — das Ergebnis der Konferenz voreerst geheim zu halten, war es doch nicht zu vermeiden, daß die Rede des Abgeordneten Brücker die Kunde durch die Öffentlichkeit der Partei machte. Bei der Reichsleitung der NSDAP, hürten sich seit einigen Tagen die Anfragen und die Protestgedingungen gegen diesen „neuen Verrat an der alten NSDAP.“

### Franzen verhöhnt die Arbeitslosen

Braunschweig, 22. Mai. (S.P.) Der nationalsozialistische Minister Franzen hat nicht nur die braunschweigische Arbeiterschaft durch Giftreden für den Schulstreik provoziert, sondern er hat es auch fertig gebracht, die Arbeiterschaft zu verhöhnen, indem die Strafmandate an die ausgebeuteten Erwerbslosen mit der Wutrede versehen wurden: „An die Armengeldempfänger...“

Das Parteiblatt Franzens dringt als fertig, die verhängten Strafen, die insgesamt 22½ Jahre Freiheitsstrafen betragen, als eine „besonders milde Strafe“ hinaustellen.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Heiratsanzeigen. 21. Mai: Rosa Bender, alt 66 Jahre, Ehefrau von Josef Bender, Ausführender. Beerdigung am 23. Mai, 11 Uhr. — 2. Mai: Anton von Wallenberg, Generalmajor a. D., Ehemann, alt 84 Jahre, Feuerbestattung am 25. Mai, 10 Uhr.



### Zum 25. Todestag Henrik Ibsens

Vor 25 Jahren, am 23. Mai 1906, starb Norwegens größter Dramatiker Henrik Ibsen (geb. 20. März 1828). Seine Dramen, die eine scharfe Kritik an den bürgerlichen Gesellschaftszuständen übten, erregten in ganz Europa, besonders aber in Deutschland, großes Aufsehen. Stillförsich entwickelte sich Ibsen vom Realismus seiner Jugendwerke zu einer immer tieferen symbolischen Form.

Henrik Ibsen und dessen Grabstätte in Oslo.

## Aus aller Welt

### Urteil gegen eine hunderterfache Betrügerin

M. Berlin, 22. Mai. In dem Prozeß gegen die Angeklagte Marie Ludwiga, die mehr als 100 Frauen um ihre Ersparnisse gebracht hat, wurden nur einige der greisen Opfer als Zeugen gehört, da die Angeklagte im wesentlichen selbständig war. Der Staatsanwalt beantragte sechs Jahre Zuchthaus. Das Gericht urteilte jedoch mit Rücksicht auf das Gutachten der Sachverständigen, das zwar den § 51 verneinte, wesentlich milder. Frau Ludwiga wurde wegen fortgesetzten, teils vollendetem, teils versuchten Betrugs im Rückfall zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus, 500 M Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

### Eröffnung der Weidomer Bäderbrücke

Wegheim (auf Weidomer), 22. Mai. Unter starker Beteiligung der Bevölkerung von Weidomer, von Behörden, Vereinen, Abordnungen und Schulkindern fand heute nachmittags um 3.15 Uhr die feierliche Eröffnung der neuen Brücke statt, die die Insel Weidomer mit ihren zahlreichen Badeorten mit dem Festlande verbindet.

### Blutiger Ausgang eines Streites zwischen Wirt und Untermieter

Frankfurt a. M., 22. Mai. Hier kam es gestern in einem Hause in der Lahnstraße zu einer schweren Mordtat. Der Gastwirt Köhler, der bereits den ganzen Tag über mit seinem Untermieter Bild Streitigkeiten gehabt hatte, drang am Abend in die Wohnung Bilds ein und schlug dessen Frau nieder. Der Ehemann griff darauf zum Messer und verletzte Köhler einen Stich in die Weiche. Der Gastwirt konnte sich noch in seine Wohnung zurückziehen, erlag aber bald darauf den schweren Verletzungen. Bild wurde verhaftet.

### Milder Spruch und Mißbrauch der Dienstgewalt

Viegnitz, 22. Mai. (Eig. Draht.) Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit verhandelte das erweiterte Schöffengericht am Freitag in vierstündiger Sitzung gegen fünf frühere Feldwebel wegen Mißhandlung von Weidmayer Reichswehrsoldaten in zahlreichen Fällen, Mißbrauch der Dienstgewalt usw. Die Vorfälle spielten sich bereits in den Jahren 1925 und 1926 in Viegnitz bzw. Berlin, wöbin die Truppe abkommandiert war, ab. Da infolge der Länge der Verhandlungen offenbar nicht mehr als der als Zeugen vernommenen Soldaten offenbar nicht mehr als der bestimmt waren, wurden vier der Angeklagten freigesprochen, da es sich nach Ansicht des Gerichts teilweise um Grenzfälle handelte. Der ehemalige Unterfeldwebel Wilm Schinke erhielt wegen Mißhandlung eines Untergebenen eine Wache, einen Tag verschärften Arrest.

### Eröffnung der Ausstellung „Das Kind“

Köln, 22. Mai. In der überaus stark besetzten Messehalle wurde heute die Ausstellung „Das Kind“ eröffnet.

### Der fleckbriefflich verfolgte Flieger Beder verhaftet

Düsseldorf, 22. Mai. Der vorgestern im Gefängnislager Borkenberge gelandete, von der Staatsanwaltschaft fleckbriefflich verfolgte Flugzeugführer Beder wurde gestern in Dalkern verhaftet. Nach seiner Vernehmung in Gelsenkirchen wurde der Befragene aber wieder freigelassen. Beder ist nun heute nach seiner Landung auf dem Flughafen Düsseldorf-Lothar auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. wegen Betrugs- und Urkundenfälschung festgenommen worden.

### Das Ergebnis eines Handschriftenvergleichs

#### Der Skandal um die Deutsche Autoversicherung

Stuttgart, 22. Mai. (Eig. Meldung.) Das Verfahren gegen den flüchtigen Geschäftsführer der Deutschen Autoversicherung Dr. Otto Rau, alias Rikau, der jetzt in Murnau verhaftet werden konnte, ist, wie wir erfahren, durch eine Anzeige des Kontroversverwalters, Hl. Erwin Maininger, in Stuttgart, in Gang gebracht worden. Auf Grund eines zufälligen Handschriftenvergleichs mit Akten in einer anderen Sache hat er die Identität des angeblichen Dr. Rau mit Otto Rikau festgestellt können, der früher an einem Versicherungsunternehmen in München tätig war und 1925 dort wegen Betrugs zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Weitere Nachforschungen führten dann zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Vorgänger Rau's in der Geschäftsleitung der Deutschen Autoversicherung der angeblich Paul Frenken hieß, ein Bruder des Rau ist, in Wirklichkeit also Paul Rikau heißt und mit seinem Bruder zusammen auch an dem in München zusammengesprochene Versicherungsunternehmen beteiligt war. Beide Brüder haben auf Grund der hohen Bezahlung, die sie sich vertraglich zu sichern gewußt haben, zwei resp. ein Prozent Provision vom Umsatz, der 15-16 Millionen Mark betrug, neben dem Gehalt von 48000 Mark — auf sehr großem Fuß gelebt. Otto Rikau besah in Murnau eine arabesque förmlich eingerichtete Villa nebst Landgut, außerdem hatte er in Stuttgart in der Blücherstraße eine Wohnung, die auf Kosten der Gesellschaft ausgebaut und eingerichtet war. Paul Rikau, der bei seinem Ausschleiden aus dem Amt des Geschäftsführers im Jahre 1929 eine Abfindung von 140000 Mark erhielt, besah in Koenthal bei Stuttgart ein großes Landgut, das aber auf den Namen seiner Frau eingetragen war. Beide Brüder sind mehrfach unter falschem Namen aufgetreten, waren auch politisch nicht angemeldet und in der Gesellschaft wohnte man nie, wo sie eigentlich wohnten. Ein weiterer Direktor namens Bartels war durch Vertrag von der Mitwirkung an allen kommerziellen Vorgängen ausdrücklich ausgeschlossen. Hierdurch und durch das sichere Auftreten der beiden Brüder war es nur möglich, daß die Verhältnisse bis zum Zusammenbruch der Gesellschaft von Dritten nicht durchschaut worden sind. Durch verschiedene Transaktionen, die noch nicht ganz geklärt sind, haben schweizerische Gesellschaften Besitzansprüche auf das von den beiden Brüdern ererbte Vermögen, jedoch es noch unsicher ist, ob und in welchem Umfang es zur Kontroversmasse heranbezogen werden kann. Paul Rikaus Aufenthalt ist zur Zeit noch unbekannt. Es heißt, daß er sich in Amerika aufhält. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf die Zeit seiner Geschäftsführung und es wird auch die Frage geprüft, ob der Aufsichtsrat, dem angegebene Persönlichkeiten angehören sollen, sich den beiden Brüdern gegenüber eine Pflichtverletzung hat zu schulden kommen lassen.

### Beschlagnahme der Süddeutschen Arbeiterzeitung

Vom Polizeipräsidium Stuttgart wird mitgeteilt: Die Nr. 116 der Süddeutschen Arbeiterzeitung vom 22. Mai ist auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten (§ 1 und § 12) polizeilich beschlagnahmt worden.



Mühenvoll rein und glänzend muß IMI alle Pfannen und Töpfe

Das geht blitzschnell! Angebrannte, angebackene Speisereste, Fett und Schmutz beseitigt IMI ohne jede Mühe. Silberhell strahlt Aluminium! Appetitlich frisch und sauber glänzt Emaille! Und wie schmackhaft löst sich in IMI gepflegte Töpfe kochen! IMI entfernt jeden Geruch aus den Gefäßen und macht sie vollkommen keimfrei. Zum Schutz der Gesundheit! Pflegen Sie Pfannen und Töpfe, überhaupt alles Geschirr, stets mit IMI. Sie sind viel schneller fertig, haben wenig Arbeit. Alles Geschirr ist stets tadellos sauber, hält länger und besser. IMI ist ergiebig und sparsam. Ein Eßlöffel gibt 10 Liter wirksames Spülwasser und was können Sie darin alles spülen und reinigen!

IMI Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Persilwerken.





# Freistaat Baden

## Verbot nationalsozialistischer Anmärsche im Amtsbezirk Schopfheim

Schopfheim, 22. Mai. Die am Pfingstsonntag seitens der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei anlässlich einer geplanten Schloßer-Geburtsfeier in Schönau (Schwarzwald) beabsichtigten geschlossenen Anmärsche und Anfahrten, insbesondere mit Kraftwagen, sind vom Bezirksamt Schopfheim wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für den ganzen Amtsbezirk Schopfheim verboten worden.

## Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen

Die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen, die bis zum Jahre 1928 aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erfolgt ist, ist für das Jahr 1931 wieder aufgenommen worden und zwar aus Mitteln der werkschaffenden Erwerbslosenfürsorge und aus allgemeinen Baudarlehensmitteln. Außer Landarbeitern können auch Forstarbeiter und solche ländliche Arbeiter, die neben der Tätigkeit in ihrer eigenen Landwirtschaft mindestens 10 Wochen im Jahr während der Hauptarbeitszeiten Lohnarbeit in landwirtschaftlichen Betrieben verrichten, aus diesen Mitteln Darlehen erhalten. Die Verbelegung der Gebäude solcher Art erfolgt künftig nicht mehr durch das Ministerium des Innern, sondern durch die Wohnungsverbände. Die Gebäude sind unter Verwendung von bestimmten Vordruden durch Vermittlung der Bäuermeisterämter einzureichen.

## Politische Ausschreitungen in Freiburg

Freiburg, 22. Mai. In Freiburg ist es am Donnerstagabend an zwei Stellen zu kommunistischen Ausschreitungen gekommen. Eine auf dem Grundstück der Brauerei Höfner in der Wasserstraße geübte studentische Fabne des Vereins Deutscher Studenten in den Farben schwarz-weiß-rot wurde von jugendlichen Kommunisten in Brand gesetzt. Die Täter entkamen, ehe die Polizei in Kenntnis gesetzt werden konnte. Im Fürstenberger Hof hielten einige Nationalsozialisten eine Besprechung ab, was den Kommunisten bekannt war. Etwa 10-15 kommunistische Jugendmitglieder im Alter von 17-20 Jahren zogen vor das Lokal und warfen eine Fensterscheibe ein. Die inzwischen alarmierte Polizei konnte so rechtzeitig eingreifen, daß weitere Ausschreitungen vermieden werden konnten. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen. Einer der Verhafteten trug Steine bei sich.

## Einweihung des neuen Heidelberger Universitätsgebäudes am 9. Juni

Am 9. Juni wird die neue Heidelberger Universität, der Schurmanbau feierlich eingeweiht. Nach dem bisher feststehenden Programm werden sich die Teilnehmer an der Einweihungsfeier, die Professoren der Heidelberger Universität und die Gäste von anderen Hochschulen, Vertreter des Staates und der Stadt, mit dem derzeitigen Rektor Prof. Dr. Weisler an der Spitze, im großen Saal im alten Kollegienhaus versammeln. Von hier aus wird sich dann der Zug über den großen freien Platz zum neuen Bau bewegen. Bei günstiger Witterung wird der Rektor zunächst eine Ansprache im Freien halten. Der eigentliche Festakt wird in der Aula vor sich gehen und durch Orchester- und Orchestermusik eingeleitet. Nach den verschiedenen Ansprachen kommt die Kantate „Wenn der alte, heilige Vater“ von Musikdirektor Förster-Heidelberg, dem Direktor des Evangelischen Kirchenmusikinstituts der Universität, zur Aufführung. Mit der Anwesenheit des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, Jakob Gould Sturman, wird bestimmt gerechnet. Auch der jetzige Botschafter, Sackett, wird erwartet.

## Schuldirektoren-Konferenz

Unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Kemmle fand im Unterrichtsministerium eine Besprechung mit den Direktoren der Oberrealschulen statt. Gegenstand der Aussprache war die Neugestaltung des Lehrplanes für die Oberrealschulen. Nach allgemeiner Aussprache wurde aus der Zahl der Oberrealschuldirektoren ein engerer Ausschuss gebildet, der in Verbindung mit den Sachgebern des Ministeriums den Lehrplanentwurf ausarbeiten soll. Dieser Entwurf wird dann nochmals Gegenstand einer gemeinsamen Besprechung im Unterrichtsministerium sein. Die Entscheidung darüber, ob ein neuer Lehrplan aufgestellt und welcher Art er sein wird, ist für den Sommer d. J. in Aussicht genommen.

## Reichsaufträge und süddeutsche Länder

### Eine dringend notwendige Reform

Die Wirtschaftszeitung Der deutsche Süden bringt aus der Feder des Abg. Rauch eine interessante Aufstellung über die Verteilung der Reichsaufträge auf die einzelnen Länder, die von Regierungsrat Albert Soeben bearbeitet und von ihm in seinen wichtigsten Grundzügen veröffentlicht wird. Aus diesen Veröffentlichungen geht erneut eindeutig und klar hervor, daß die Benachteiligung der süddeutschen Länder bei der Vergabe von Reichsaufträgen ganz eindeutig ist. Was zunächst die Reichsbahn angeht, so fielen über 50,3 Prozent auf die Provinzen Brandenburg und Rheinland, während sich die übrigen Aufträge auf die anderen Länder verteilten. Nur 17,7 Prozent der Aufträge fielen auf Süddeutschland. Dieser Prozentsatz, der sich auf den Kessel- und Apparatebau bezieht, wird noch wesentlich auf dem Gebiet der Lederindustrie unterboten. Die Aufträge für Sachfen und Süddeutschland seitens der Reichsbahn waren für diese Industrie ganz geringfügig. Das Holz- und Schnitstoffgewerbe erhielt in allen süddeutschen Ländern einchl. Sachfen nur 32,4 Prozent der Aufträge. Ähnlich sind die Verhältnisse im Baugewerbe, bei dem Süddeutschland mit 34,4 Prozent bedacht wurde. Von der Reichspost erhielten Baden und Württemberg auf dem Gebiet der Schwachstromindustrie von den Gesamtaufträgen nur 0,9 Prozent. Das Reichsverkehrsministerium gab in der ersten Periode 3,5 Prozent seiner Bauaufträge nach Sachfen und Süddeutschland, was ein Siebtel dessen entspricht, das den Ländern zusteht. Auch die Textilindustrie ist im Gegensatz zu den anderen Ländern außerordentlich geringfügig mit 17,3 Prozent bedacht worden.

Aus dem mit großem Fleiß zusammengestellten Zahlenmaterial des Abg. Rauch geht neuerdings hervor, daß die süddeutschen Länder bei der Vergabe von allgemeinen Reichsmitteln sehr schlecht wegkommen sind. Man wird in der Auffassung bestärkt, daß eine Reform des Auftragswesens der Reichsbehörden im Interesse der Wirtschaft der benachteiligten Länder unbedingt notwendig ist. Wenn die Entwicklung Deutschlands nicht dahin gehen

# Der dramatische Hörfehler

## Seltene Tragödie des Lotteriespielers Lippel

In Berlin-Moabit wurde der Grüntrambändler Fridolin Lippel wegen Betruges und Beamteneleidigung zu mehreren Wochen Gefängnis verurteilt.

Fridolin Lippels Abgelenken in das Dschungel krimineller Irrungen und Wirrungen hat einen tief menschlichen Hintergrund. Fast möchte man es unheimlich nennen, wie Fridolin Lippel ein toller, etwas schlaftrüger und desinteressierter Bürger, durch den im Grunde belanglosen Irrtum eines Lotteriekollektors völlig aus der Bahn geschleudert wurde.

Der Grüntrambändler stand eines Tages, mit sich und der Welt zufrieden, in seinem kleinen, stets etwas zu engen Laden, in dem es ständig nach Käse und Sardinen roch, als ihn der Postbote mit einer Nachricht überraschte, die Lippel in seiner ganzen entscheidenden Wichtigkeit zuerst überhaupt nicht fassen konnte. Der Brief stammte von einem Lotteriekollektor, der ihm zum und schließlich mitteilte, daß auf ein Viertellos einer Privalotterie, das er spielte, ein Hauptgewinn in Höhe von 50 000 M. gefallen sei. Zuerst ging Lippel wie im Traum umher und erlebte völlig teilnahmslos, gleichsam automatisch die laufenden Obliegenheiten seines Grüntrambandgeschäftes. Als der Abend hereinbrach, machte er einen langen Spaziergang und kam erst recht verspätet an den allabendlichen Stammtisch seines Kegelvereins. Er war ungewöhnlich schweigsam, trant sehr viel Wollen und erzählte von dem großen Glück, das ihm am Vormittag widerfahren war, niemanden auch nur ein Wort. Aber in der Nacht, die auf diesen ereignisreichen Tag folgte, hatte sich der Grüntrambändler so intensiv in seinen neuen Reichtum eingeliebt, daß er für die Verwendung des Geldes schon in allen Einzelheiten Klarheit geschaffen hatte. Ob, er wollte nicht alles ausgeben, aber ein wenig das Leben genießen und mal die Welt kennen lernen, heraus aus der Enge und Bedrücktheit seines jetzigen Lebens — ja, das wollte er.

Am Abend des dritten Tages nach jener fast unfassbaren Glücksfunde kam eine grauam-latte Duldung in Gestalt eines sehr höflich gehaltenen Briefes des Lotteriekollektors, in dem dieser Lippel in verbindlichen und schonenden Worten mitteilte, daß er ihm durch einen bedauerlichen Irrtum fälschlicherweise den Hauptgewinn seines Lotes mitgeteilt habe. Dieses Versehen sei durch einen telephonischen Hörfehler entstanden. In Wahrheit sei Lippels Los leer ausgegangen und eine Niete; der legendäre Gewinn fiel auf eine andere Nummer, der glückliche Besitzer war bereits benachrichtigt worden, so daß er weitere unliebsame Befästigungen in dieser Angelegenheit nicht mehr zu erwarten habe.

Seltsamerweise nahm Lippel aus Gründen, die uns nicht ganz geklärt zu sein scheinen, diese niederstimmende Mitteilung so gleichgültig auf, als ob sie ihn überhaupt nichts angehe. Er warf den Brief des Kollektors mit einem Klagezettel in die Ecke und ging weiter seinem Beruf nach. Das heißt, vorerst. Denn kurze Zeit später verkaufte er seinen Grüntrambanden, der ihm nun direkt zu wider geworden war. Und Lippel lebte nunmehr seinem Komplex. Dieser Komplex war der daneben gegangene Gewinn beim Lotterielos. Denn obwohl man Lippel vor Gericht den Paragrafen 51

sol, daß neben reichen Zentralprovinzen völlig verarmte Randgebiete entstehen, so muß hier alsbald Wandel geschaffen werden. Reform ist da dringend geboten.

## Gespräch zweier erwerbsloser Arbeiter

Von Rich. Walther

Guten Tag. Nun wie geht's Freund?

Sa, du weißt ja wie die Verhältnisse heutzutage liegen, kaum kann man das nackte Leben fristen. Zu Hunderten, Tausenden, ja Millionen unserer Arbeitsbrüder stehen auf der Straße, haben kaum etwas für ihre Kinder zu essen, viel weniger denn zum anziehen. Wo ma das noch hinführen? Noch einige Wochen kann ich stempeln gehen, dann werde auch ich, wie viele andere schon, ausgespeert, das heißt, ich werde aus der menschlichen Gesellschaft vollends ausgestoßen; erhalte von der Wohlfahrtsfürsorge fünf Mark und zwei Liter Milch als Unterstützung in der Woche mit Frau und zwei kleinen Kindern. Ich bin nahe am Verzweifeln. Es kann nicht an anderer Schuld daran sein, als die verfluchte technische Maschinen-

nicht subiligierte und ihn voll verantwortlich machte, so muß doch der Laie annehmen, daß mit Lippel starke psychische Veränderungen vorgegangen sind. War es nicht grotesk, daß der Grüntrambändler den auffälligen Brief des Lotteriekollektors völlig ignorierte und den Mann mehrfach aufforderte, ihm die angeblich gewonnene Summe einzuschißen? Nachdem der Kollektor noch einmal einen ausführlich erklärenden Brief in der beauerlichen Affäre an Lippel geschickt hatte — natürlich in der Annahme, daß sein erstes Schreiben verloren gegangen sei — warf er nunmehr Lippels energisch fordernde Briefe einfach in den Papierkorb. Der Mann, der übrigens auch vor Gericht als Zeuge auftrat, erklärte bei seiner Vernehmung, er habe den bestimmten Eindruck gehabt, daß sich Lippel einen schlechten Scherz mit ihm erlaubt habe. Schließlich ist ihm die Sache zu bunt geworden und er habe dann die zahlreichen Querschnittsbriefe des Grüntrambändlers einfach ungelesen fortgemorren. Lippel aber ließ sich durch das Schweigen des Lotteriekollektors nicht entmutigen. Er zog in ein teures Hotel, lebte, ganz gegen seine frühere Art, auf großem Fuß und mimte den Weltkennerschieber. Schnell hatte er seine geringen Ersparnisse und den Erlös aus dem Grüntrambandgeschäft verpulvert, bald machte er Schulden. Er machte die Schulden allerdings, wie er vor Gericht ausführte, in durchaus reeller Absicht, da er ja 50 000 Mark Lotteriegewinn im Kellereis gehabt hätte. Einwendungen des Gerichts, daß er doch nicht mit solchen dummen Ausreden kommen solle, schob Lippel lächelnd beiseite und erklärte, für ihn sei nur der erste Brief des Kollektors maßgebend und bindend gewesen.

Inzwischen wuchs das Schuldenkonto des aus der Bahn geworfenen Grüntrambändlers. Immer, wenn die Leute mittraulich wurden und um Beilegung drängten, erzählte Lippel das wunderliche Märchen von den 50 000 M. Lotteriegewinn, jenes Märchen, das seine wahre Wahrheit geworden wäre. Und die Gläubiger gaben sich dann auch eine Zeit lang aufrieben. Bis sie schließlich kein Geld, sondern nur immer neue Schulden sahen. So kam, was kommen mußte. Mehrere Betrugsangelegenheiten liefen gegen Lippel ein, ein Solb befahl war die notwendige Folge. Als man den Grüntrambändler im Hotel festnehmen wollte, wurde er sehr rabiat und beschimpfte den Kriminalkommissar in geradezu haarträubender Weise. Der Transport des todbenden Mannes stieß auf einige Schwierigkeiten, schließlich mußte man ihn zu Viert in das Gewährraum der Behörde bringen.

Lippel macht vor Gericht nicht den Eindruck eines Hochstaplers. Aber auch nicht den eines Fischgophathen. Er benimmt sich wie ein nüchtern denkender, sehr unromantischer Bürger, der mit Züchtigkeit als ein höchst selbstloser neuer Kohlsäuer sein vermeintliches Recht kämpft. Das aber tut er ohne Eitelkeit, sondern mit einer überlegenen und lächelnden Beherrschung. Argumente der Logik fest er dabei auf Seite, denn schließlich kann er nicht mit Tatsachen, sondern nur mit seinem Komplex operieren. Aber, so fragen wir, was wäre wohl aus dem Grüntrambändler Lippel geworden, wenn der erste Brief des Lotteriekollektors sein letztes Märchen, sondern die Wahrheit gewesen wäre? Ein kleiner Zahlenhöfner am Leidenhof und aus einem reichen Mann wird ein Verbrecher, aus einem unblutigen Bürger ein fragwürdiger Abenteuerer.

das hat uns so weit heruntergebracht. Durch den Krieg, während ich, kann das nicht kommen sein. Gewiß hat es nach einem verlorenen Krieg immer schlechte Zeiten gegeben, aber so etwas hat die Menschheit noch nicht mitgemacht.

Nun Freund, laß mich auch einmal ein paar Worte reden. Wir geht es garnicht besser als dir, lebe in der gleichen Lage, nur daß ich seit Oktober 1930 ganz ausgespeert bin, das heißt gar nichts mehr erhalte; aber ich habe immer noch nicht den Mut zum Leben verloren, sondern habe die Hoffnung, daß es doch einmal besser werden wird. Vorhin sprachst du von den technischen Errungenschaften. Wir wollen einmal ein Beispiel aus der Landwirtschaft greifen: Als die Menschen noch mit ganz primitiven Geräten ins Feld bestellten mußten, war es für Mensch und Tier eine große Mühe und Arbeit. Es galt, dazu mal nur einen einfachen ausarmen mengeligen Holzstaken mit dem man den Boden aufriß und den Samen säte. Heutzutage dagegen prannt man einen Kohlsä- Benzinmotor einen sogenannten Raupenfräher vor einen drei- und mehrschichtigen Pflug, der nur von einem Mann bedient wird und in einem Tage kann man ungeheure Flächen adern. Ist das nicht ein wesentlicher Fortschritt den sich der Mensch errungen hat? Und so ist es mit allen Errungenschaften. Wir leben und streben um uns und unserer Nachkommen ein erträglicheres Dasein zu gestalten das wurde auch von unseren Vorfahren getan. Würde aber eine Verbesserung geschaffen, so stand gleich einer dahinter, der sich das zunutzen machte und die breite Masse nichts davon bekam, so ist es auch heute noch. Denst dir einmal, wie schön es wäre, wenn alle Menschen von dem, was sie wirklich erschafft haben, leben könnten, aber leider stand immer einer dahinter und deutete ihnen aus. Ich glaube aber, wir find nicht mehr weit von dem was wir wollen, der Fortschritt der Technik bringt den Ausbeuter selbst, aus Sozialisierung. Das heißt: Gleichberechtigung eines jeden lebenden Menschen.

## Volkswirtschaft

### 1 1/4 Milliarden Steuerausfall

Das Reichsfinanzministerium gibt eine Uebersicht über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für das letzte Rechnungsjahr (1. April 1930 bis 31. März 1931). Danach waren im Reichshaushaltplan die Einnahmen auf rund 10 265 Millionen Mark angesetzt. Aufgekommen sind jedoch nur 9 025 Millionen Mark. Es erlabt sich also ein Ausfall von fast 1 1/4 Milliarden Mark. Die einzelnen Einnahmen ergeben, daß sich die steuerliche Last außerst stark nach der Seite der Massenbelastung verlagert hat.

### Brüner Devisennotierungen Mittelkurs

	22. Mai	21. Mai
Amsterdam . . . . . 100 fl.	168,66	168,62
London . . . . . 100 £	21,97	21,96
Paris . . . . . 100 Fr.	20,411	20,451
Brüssel . . . . . 100 Fr.	4,196	4,204
Wien . . . . . 100 Sch.	16,406	16,40
Berlin . . . . . 100 M.	12,434	12,425
Schweden . . . . . 100 Kr.	80,935	80,89
Spanien . . . . . 100 Pes.	41,46	42,16
Stockholm . . . . . 100 Kr.	112,48	112,43
Oslo . . . . . 100 Kr.	8,955	8,92



**Bunte Kleider**

die große Mode — bei uns zu kleinen Preisen

**Voile-Kleider 9 75**  
mit u. ohne Jackchen, neueste Muster 22.— 19.75 16.75 12.75

**Sport-Kleider 6 75**  
aparte Neuheiten aus mod. Sommerstoffen 19.75 18.75 12.75 9.75

**SCHNEYER**

Kaiserstraße, Ecke Kronenstraße  
Werderplatz Mülburg

**Jakob Finkelstein G. m. b. H. Kohlen, Koks, Brikett, Holz Kaiserstr. 231 (Ecke Hirschstr.) = Fernsprecher Nr. 6275 =**



# Aus dem Gerichtssaal

## 1000 Mark zu verdienen!

**Im Karlsruhe, 21. Mai.** In neunhündiger Sitzung verhandelte das erweiterte Schöffengericht (Vorsitzender Amtsgerichtsrat Dr. Schuler) gegen die Kaulleute Dito K., Wilhelm B. und Albert L., sämtliche von hier, die sich wegen Betrugs zu verantworten hatten. Von den Angeklagten war in Zeitungen an allen größeren Orten Deutschlands die Generalvertretung für ein elektrisches Heizsystem angeboten worden; das Heizsystem war als patentiertes, konfurrenzloses Heizsystem hingestellt worden, mit deren Betrieb monatlich 1000 Mark verdient werden könnten. Gleichzeitig wurde der Ansehen erweckt, als ginge der Betrieb dieses Heizsystems von einem anderen Unternehmen aus. Auf die Angeklagten wurden sich eine ganze Reihe Bewerber um den Posten eines Generalvertreters. Die Angeklagten setzten sich mit diesen in Verbindung. Es wurde ihnen erklärt, daß die Wärmeheizsysteme sehr rentabil seien; die tägliche Produktion betrage 100 Stück und monatlich würden 12.000 Heizsysteme nach Amerika exportiert. Die einzelnen Vertreter befallten daraufhin eine Anzahl dieser Heizsysteme, die ihnen für 21 Mark geliefert wurden und für 35 Mark verkauft werden sollten. Sie bezahlten dafür Beträge von 250 bis 500 Mark. Sinterher mußten sie die Wahrnehmung machen, daß die Heizsysteme nicht die erhoffte Rendite brachten, sondern die Heizsysteme nicht den erhofften Gewinn brachten. Sie empfanden nicht den Vorwurf des Betrugs (Verkauf von falschen Heizsystemen); bei Verwendung der Heizsysteme mußten sie vor, daß sie vertrieben und die Heizsysteme, in denen man sie verwendete, verjagt wurden; der Absatz war äußerst schwach, denn das Heizsystem war nicht konkurrenzlos, da sich ähnliche Heizsysteme zu billigeren Verkaufspreisen auf dem Markt befanden. Die Angeklagten mußten auch nicht beruhen, daß die Angeklagten mit der Ausführung der Heizsysteme nachkamen. So kam es, daß die Angeklagten die in Aussicht gestellten 1000 Mark monatlich nicht nur nicht verdienen konnten, sondern auch ihr Geld für die gelieferten, nahezu unbrauchbaren Heizsysteme verloren. Der Gesamtbetrag, um den sich die Angeklagten Vertreter schädigt haben, geht in die Tausende von Mark. — Staatsanwalt Dr. Flad ersuchte nach dem Ergebnis der umfangreichen Beweisaufnahme die Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt und beantragte gegen die Angeklagten B. und K. Gefängnisstrafen von vier und fünf Monaten und gegen den Angeklagten L. eine angemessene Geldstrafe. Das Schöffengericht verurteilte K. zu 450 Mark Geldstrafe, B. zu 300 Mark und L. zu 100 Mark Geldstrafe.

In Nürnberg wurde sie von dem 24jährigen vorbestraften Straßendiebstahl Egon Megeer aus Stuttgart gefangen. Bereits am 28. August hielt die Schwester des Verstorbenen einen an diesen adressierten Brief in den Händen. Der Brief war mit „lieber Kollege“ angedeutet. Die folgenden Zeilen erkundigten sich nach seinem Befinden und sprachen die Bitte aus, dem Absender, dem oben erwähnten Photographen M., die im Mai geliegene 10 Mark zurückzugeben. Die Schwester konnte sich nicht denken, daß ihr verstorbenen Bruder bei M. 10 Mark geliehen hätte und übergab den Brief der Polizei.

Seute hand Megeer unter der Anklage wegen verführten Betrugs vor der Strafkammer des Amtsgerichts (Einschränker: Amtsgerichtsrat Kapp). Er erklärt, er sei im Mai vorigen Jahres in Karlsruhe gewesen, wo er sich um die polizeiliche Erlaubnis zum Photographieren auf der Straße bemüht habe. Am Bahnhof habe er mit einem anderen Photographen gesprochen, der ihm die Erlaubnis dank seiner Beziehungen zum Bezirksamt besorgen wollte. Dieser habe ihm gefasst, er habe viele zu besorgen und er habe ihm dann, einem fremden Menschen, ohne weiteres mit 10 Mark ausgeholfen.

Die Ermittlungen des Kriminalbeamten Bölske lassen die Aussagen des Angeklagten als wenig glaubhaft erscheinen. Bei allen Photographen in Karlsruhe, bei denen er sich erkundigte, mußte man nichts von M. Auch daß er überhaupt in Karlsruhe war, erscheint zweifelhaft. Der Verstorbenen R. war seit sechs Jahren gelähmt und mußte im Rollwagen spazieren gefahren werden. Von Photographie hatte er keine Ahnung. Am laubbarsten erscheint, daß der Angeklagte die ganze Zeit hindurch die angeblich geliehenen 10 Mark nicht zurückverlangte und das Geld ausgerechnet zwei Tage nach dem Tode R. reklamierte. Der Richter trat den Angeklagten, ob er öfters bei Toten Darlehen aufgenommen habe. Es besteht auch der Verdacht, daß er bei anderen Todesfällen ähnliche Briefe abgehandelt hat — nur ließ sich der Nachweis dafür nicht erbringen. Offenbar hatte der Angeklagte, wie der Angeklagte erklärte, angenommen, daß die Angehörigen des Verstorbenen in der ersten Trauerzeit ohne nähere Nachprüfung die 10 Mark schiden würden. Das Gericht gelangte auf Grund des persönlichen Eindruckes des Angeklagten und seiner ungläubigen Angaben zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte in betrügerischer Absicht gehandelt hat und erkannte wegen Betrugsversuchs auf 40 Mark Geldstrafe.

## Er wollte das Justizministerium beschwindeln...

**Im Karlsruhe, 21. Mai.** Der Kaufmann Ernst B. von hier war in ein Verfahren unter dem Verdacht des Diebstahls zweier Ringe im Werte von 2000 Mark verwickelt, und es wurde dieserhalb eine polizeiliche Durchsuchung seiner Wohnung vorgenommen. Er schrieb darauf einen Brief an das Justizministerium, in welchem er beschwore, wegen der polizeilichen Ermittlungen sei ihm sein billiges Zimmer gekündigt worden und habe er seine ausstehende Stellung bei einer Münchener Versicherungsgesellschaft verloren. Er verlangte vom Ministerium einen Schadenersatz von 500 Mark. Jetzt hatte er sich wegen Betrugsversuchs vor dem Einzelrichter zu verantworten. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß ihm das Zimmer schon vor den polizeilichen Ermittlungen gekündigt war und daß er bei der Versicherungsgesellschaft nur auf Probe beschäftigt war, und ihm keine feste Anstellung in Aussicht gestellt war, daß also die Behauptungen seines Briefes an das Justizministerium nicht der Wahrheit entsprächen. — Das Gericht verurteilte B. wegen Betrugsversuchs auf 30 Mark Geldstrafe.

## Der Bürgermeister von Forst vor Gericht

Das Urteil des Schöffengerichts (Ein Jahr Zuchthaus) aufgehoben — Der Angeklagte von der Anklage wegen Verleitung zum Meineid freigesprochen

**Im Karlsruhe, 22. Mai.** Vor der I. Karlsruher Strafkammer (Vorsitzender: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann) fand heute die Berufungsverhandlung im Meineidsprozeß des Bürgermeisters von Forst, des 60 Jahre alten Landwirts Simon Weindel statt.

Wie seinerzeit berichtet, verurteilte das Karlsruher Schöffengericht am 9. April den Angeklagten wegen Unterbrechens der Verleitung zum Meineid zu einem Jahre Zuchthaus abzüglich 1½ Monaten Untersuchungshaft und wegen Falschbeurkundung zu 100 Mark Geldstrafe unter Freisprechung von den übrigen Anklagepunkten (Untersuchungshaft und Betrug). Die damalige wie die heutige Berufungsverhandlung ergab, daß der Angeklagte seinem Posten als Bürgermeister geistig nicht gewachsen war. In der Kammer herrschte große Unordnung, so daß Falschbeurteilungen auftraten. Nach der Anklage hat Weindel einem Zeugen einen Zettel zugesteckt, durch den er diesen zu unwahren Aussagen vor Gericht zu verleiten suchte. Vom Angeklagten wird dies bestritten. Als ärztlicher Sachverständiger wurde Obermedizinalrat Dr. Schmeleger gehört. Er schilderte den Angeklagten als geistig minderbegabten Menschen, bei dem man sich wundern müsse, daß er zum Bürgermeister gewählt wurde. Bezeichnend für seine schwache Intelligenz sei u. a., daß er als Landwirt künstlichen von natürlichem Dünger nicht unterscheiden könne; alle Worte, die mit „r“ anfangen, schreibe er groß, usw. Die Anwendbarkeit des § 51 sei zu verneinen, doch sei der Angeklagte als vermindert zurechnungsfähig anzusehen.

Gegen das erstinstanzliche Urteil war durch den Verteidiger des Angeklagten Berufung eingelegt worden. Dieser beantragte in seinem Plädoyer Freisprechung seines Mandanten nach dem alten Rechtsgrundsatz „in dubio pro reo“. Staatsanwalt Dr. Pertz hält die Schuld des Angeklagten durch die Beweisaufnahme für erwiesen. Es sei festgestellt, daß der Angeklagte keine vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben bestritten haben wollte. Es liege Verleitung zum Meineid vor. Dem Fall möge eine gewisse Tragik inne, zumal die Verleitung zum Meineid begangen wurde in einem Untersuchungsverfahren, das zum Freispruch des Angeklagten geführt hat. Aber die Tragik liege darin, weil der Angeklagte der Verleitung zum Meineid schuldig sei. Der Angeklagte beantragte das Urteil des Schöffengerichts zu bestätigen.

Auf die Berufung des Angeklagten änderte die Strafkammer das Urteil des Schöffengerichts vom 9. April ds. J. dahin ab, daß der Angeklagte auch von der Anklage des Verbrechens gegen § 159 des Strafgesetzbuches (Verleitung zum Meineid) mangels ausreichenden Beweises freigesprochen wird. Daß der Angeklagte unschuldig ist und seine Unschuld sich zweifelsfrei ergeben hätte — so heißt es in den Urteilsgründen u. a. — ist keineswegs der Fall. Das Gericht vermochte sich nicht voll von seiner Schuld zu überzeugen und hat nach altem Rechtsgrundsatz im Zweifelsfalle auf Freisprechung erkannt. Unter Zurückdelegung des Gutachtens des Sachverständigen besteht bei der nicht hochstehenden Intelligenz des Angeklagten die Möglichkeit, daß er sich der vollen Tragweite seines Schreibens an dem Zeugen nicht bewußt war und vor allem nicht das Bewußtsein gehabt hat, den Zeugen Höhle zu einem Meineid zu verleiten.

**Im Karlsruhe, 21. Mai.** Vor der Karlsruher Strafkammer III (Vorsitzender Landgerichtsrat Sorg) hatte sich der Kraftfahrer Emil Karl Sch. aus Durlach wegen erschwerter Körperverletzung zu verantworten. Gegenstand der Verhandlung bildet eine Auseinandersetzung, die der Angeklagte, der Angehöriger der A.P.D. ist, mit einem Nationalsozialisten hatte. Sch. war seinerzeit vom Einzelrichter beim Amtsgericht im Sinne der Anklage zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf die Berufung des Angeklagten hob die Strafkammer das erstinstanzliche Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. — Der Kaufmann Karl B. aus Sulzfeld war wegen fahrlässiger Körperverletzung vom Amtsgericht Karlsruhe zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine Berufung erkannte die Strafkammer auf 80 Mark Geldstrafe. — Durch das Amtsgericht Karlsruhe war der Bautechniker Friedrich M. aus Gröningen mit 300 Mark Geldstrafe wegen Verleitung zum Meineid des 32jährigen Bauers Karl B. in Gröningen bestraft worden. Seine Berufung hatte den Erfolg, daß die Geldstrafe auf 80 Mark ermäßigt wurde.

## Auskünfte der Redaktion

**K. K. Hinkelmeier Strahe.** Eine derartige Versicherung gibt es in Baden-Baden. Eine nähere Adresse ist uns jedoch nicht bekannt. **Kochheim, 1.** Es war uns nicht möglich, etwas Genaueres zu ermitteln. 2. Die Gehälter sind sehr verschieden, denn es kommt auf die Größe des Dries und die Zahl der Diensthilfe an. Ein Anfänger hat etwa 60-70 M. nach Abzug von Kost und Loals, die er beim Besetzen erhält. Nach 20 Dienstjahren etwa 400-500 M. und mehr. 3. Auch hier entscheidet die Größe des Dries und Dienstjahre. Außerdem kommen noch Kinderzulagen dazu. Es kann also nichts Genaueres gesagt werden.

## Von der Anklage wegen Urkundenfälschung freigesprochen

**Im Karlsruhe, 21. Mai.** Das Karlsruher Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller verhandelte heute gegen den 50 Jahre alten verheirateten Reichsbahninspektor E. D. Heinrich Barth aus Gröningen, dem die Anklage erhobene Urkundenfälschung in Lateinheit mit Betrag zur Last legt. Nach der Anklage hat Barth als Rechner der Spar- und Darlehensstelle in Gröningen im Jahre 1929 einen Kreditvertrag über 1000 Mark für einen Gehilfen in Gröningen, nachdem er von zwei Gehilfen unterschrieben war, nachträglich auf den Betrag von 3000 Mark abgeändert, weil er dem Gehilfen schon eigenmächtig und unbefugt einen höheren Kredit eingeräumt hatte, so daß die Bürgen in Höhe des Kreditbetrages von 3000 Mark haftbar gemacht wurden. Im Verlaufe der eingehenden Beweisaufnahme wurden zwölf Zeugen vernommen. Der Angeklagte, erster Staatsanwalt Dr. Hofmann, kommt zu dem Ergebnis, daß ein unzulässiges Verhalten des Angeklagten erwiesen ist und beantragte Verurteilung des Angeklagten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schön, trat für Freisprechung ein. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten mangels Beweises frei.

## Darlehensaufnahme bei Toten

Ein raffinierter Schwindler

**Im Karlsruhe, 21. Mai.** Am 24. August vorigen Jahres starb in Karlsruhe der 53jährige Kaufmann Salki R. Die Todesanzeige fand in einer hiesigen Zeitung und auch in der Frankfurter Zeitung.

**MALBI**  
Das gute Nährbier



**Alkoholfrei**

Brauerei Rob. Leicht Vaihingen a. d. F. - Stuttgart  
Wiederverkäufer gesucht

**Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)**  
Geschäftsstelle (nur briefl.) Samstagsstr. 22, 8b. IV.  
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im Kaffeehaus „jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr



**Alsodann der Vater sprach**  
Beim Spaziergang: „Allgemach  
Tät mir gut ein Trunk ein guter.“  
Mir nicht minder“ sagt die Mutter.  
„Daran dacht ich länger schon.“  
Lief vernechten sich der Sohn,  
Und zuletzt das Tochterlein:  
„Einig werden wir wohl sein,  
Wenn ich sage - alle vier  
Denken jetzt an Schremp-Prinz-Bier!“

**Schlafzimmer**  
eichen, 160 cm br. Epie  
gelackert, Waldstom-  
mode mit Wärmor,  
zwei Stühle, Handtuch-  
halter

**Möbelhaus**  
Maier Weinheimer  
Karlsruhe  
32 Kronenstr. 32

**Herren-Sportsrümpfe**  
für Krieger-Booker  
Baumwolle nur RM. 1.60  
mit Umschlag, Baum-  
wolle, meliert, RM. 2.20 1.90  
mit u. ohne Umschlag,  
reine Wolle, sport-  
Muster und Farben RM. 4.20 3.90

**Burchard**

Arbeiter! Werbt für euere Zeitung!

**Bodenspekulanten, Wohnungsspekulanten**  
Ihr Anhang und die kritiklosen Nachschwärzer suchen neuerdings wieder mit LUGEN systematisch Mißtrauen zu säen gegen unser zum Bau von billigen Eigenheimen gerichtete Unternehmen.

**Sommerfest**  
am Pfingst-Sonntag und Pfingst-Montag,  
den 24. und 25. Mai veranstalten wir  
jeweils nachmittags ab 3 Uhr auf  
unserem Siedlungsgelände ein  
wir zeigen 773 laufende hinter fertige Eisenbetonstraßen, welche  
wir in alle Stile zur Erschließung des Siedlungsgeländes  
(1. und 2. Bauprogramm) hergestellt haben.

**Schaffler-Gilde Karlsruhe**  
o. G. m. b. H.  
Bauminteressenten und Freunde unserer  
Sache sind freundlich eingeladen. Post-  
omni-us nach unserm Siedlungsgelände  
ab 14 Uhr stündlich von der Haltestelle  
Kaiserstraße (Montagen).

Das Siedlungsgelände befindet sich ca.  
1 km hinter dem Senzlenhaus an der Linkenheimer Landstr.

**Little BURGER** Nürnberg 10, 12 und 15 Pfg.  
Trotz Zollerhöhung unveränderte Qualität bei wenig verringerter Größe  
Jahresproduktion 80 Millionen Stück









# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

23. Mai.  
1618 Beginn des 30jährigen Krieges. — 1799 \*Enal. Dichter Thomas Hood. — 1848 \*Jug. Otto Völkner (Kriegler). — 1863 Gründung des Allgem. Deutschen Arbeitervereins in Weimar. — 1895 \*Ged. Josef Simon. — 1906 \*Denkmal Wien. — 1928 Katerina, erste Fahrt.

24. Mai.  
1543 \*Astronom Mik. Kopernikus. — 1797 Babeuf aufhört. — 1848 \*Dichter A. v. Droste-Hülshoff. — 1878 Das erste Sozialistengesetz vom Reichstag abgelehnt. — 1908 \*Dichter Julius Klobmeyer. — 1923 Einigungstongreß der Jugendinternationalen in Hamburg.

25. Mai.  
1805 \*Dichtersohn Emerton. — 1871 \*Delescluse a. d. Barriade. Aufführung der Kommune. — 1911 Präsident Porfirio Diaz in Mexiko gestürzt. — 1926 \*Anton Remec, Mitbegründer der tschech. Sozialdemokratie. — 1928 \*Abturs der „Stalia“ (Nobilität).

## Krauter Pfingstgespräch

„Ah, Herr Kurz, auch schon Schluß gemacht — — ?“  
„Ja, wissen Sie, Herr Bed, am Pfingstamstag, da habe ich keine Lust mehr zum arbeiten... Da muß man sich doch schon gewissermaßen die Feiertagsfreude anziehen, nicht wahr?“  
„Sehr gut, Herr Kurz... Mir geht es genau so... die Feiertage bin ich ein ganz anderer Mensch...!“  
„Wann kommt denn unjereiner mal zur Ruhe, Herr Bed?“  
„Meinen Sie, ich komme mit acht Stunden Arbeit aus, wie meine hochwohlgebornen Angestellten — — ?! Die können sich jetzt zwei feine sorgenfreie Pfingsttage machen — — ! Und ich, Herr Bed...?“  
„Und ich — — ?!“ — — „Na, ich sage Ihnen, ich komme aus den Sorgen gar nicht mehr raus...!“  
„Na, Herr Kurz, meinen Sie denn, daß es mir besser ginge...?“  
„Diese verdammten Sozialgeetze ruinieren einen ja in Grund und Boden... Und dann die Steuern...! Alles wird auf den Kopf gewälzt...!“  
„Sehen Sie, Herr Bed, deshalb werde ich auch niemals Republikaner werden...“  
„Und wenn sich die Herrschaften auf den Kopf stellen... Früher, — da konnte der Unternehmer doch auch noch zu seinem bescheidenen Verdienst kommen, Herr Bed... Da waren wir doch noch Herr im Hause...!“  
„Heute —, da probieren Sie mal, solch einen Kerl rauszuschmeißen, der die anderen aufhebt... Gar nicht zu machen!“  
„Zum Arbeitsgericht laufen sie, und da stehen natürlich die Sozis hinter ihnen. Die geben denen auf jeden Fall recht!“  
„Ins Zuchthaus müßte man die ganze Bande stecken — — Herr Bed... Ich verstehe ja nicht viel von Politik —, aber Monarchist bin ich von Berufs wegen, sehen Sie — —!“  
„Gewiß, Herr Kurz, Gewiß... Es waren früher schon bessere Zeiten —, da kann mit niemand was weismachen —!“  
„Wir Besten sind doch heute geradezu vogelfrei, nicht wahr... Und wenn man die Steuern wirklich zahlen würde, die sie von uns verlangen —, na, dann wäre man ja morgen pleite — —!“  
„Es ist schon ein Elend, Herr Bed...!“  
„Na, frühliches Pfingstfest, Herr Kurz...“  
„Vergnügliche Feiertage, Herr Bed...“

Rufa.

## Pfingstverkehr im Stadtgarten

Wie alljährlich werden auch die diesjährigen Pfingstfeiertage bei gutem Wetter einen großen Menschenstrom zum Stadtgarten und dem Tierpark anlocken. Zur Sicherstellung eines geordneten Verkehrs im Garten sind die nötigen Maßnahmen getroffen. Der Zugang kann außer durch die beiden dauernd geöffneten Eingänge auch durch das Tor neben dem Dienstgebäude des städtischen Gartenamts, Eitlinger Straße Nr. 8, und am Osteingang (beim Bierordbad) erfolgen. Als Ausgänge können benützt werden: Ein Durchschlag bei der Wohnung des Festhallebaumeisters auf der Westseite des Bierordbadgebäudes und ein solcher beim Förstnergebäude an der Eitlinger Straße, sowie die Triller beim Kinderplatz, nächst dem Sallenwäldchen, beim früheren Bahnübergang beim Beierheimer Wäldchen und bei der Brücke am Tiergartenweg von der Reit- und Fahrbahn aus. Der Eingang westlich der Festhalle sollte, soweit möglich, nicht als Ausgang benützt werden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung werden die Gartenbesucher dringend gebeten, feils „rechts“ zu gehen und den Anordnungen des Aufsichtspersonals Folge zu leisten. Da der Stadtgarten nunmehr in voller Blüte steht, wird sich in den Gartenteilen (Wolff-Anlage usw.) vermutlich ein besonders reger Verkehr entwickeln, deshalb ist obne Bitte auch hier besonders zu beachten. Bei gutem Wetter finden an beiden Pfingstfeiertagen nachmittags Festkonzerte statt, sowie am Pfingstmontag ein Frühkonzert. Desgleichen finden an beiden Tagen auch Abendkonzerte statt. Alles Nähere darüber wolle aus dem Anzeigenteil ersehen werden. Bei Konzerten wird der Tiergarten an der Brücke und an der Unterführung gesperrt. Besucher, die aus irgend einem Grunde das Konzert nicht anhören und infolgedessen auch den Musikschlag nicht entrichten wollen, sind dann in der Lage, sich im Tiergarten und den anliegenden Anlagen zu erholen. An der Brücke und an der Unterführung werden aber Kassen errichtet, so daß auch hier noch Konzerte nachgesehen werden können, falls diese bei den beiden Einnehmern und Kassen nicht entnommen werden. Zur Erleichterung des Kassenerkehrs wird übrigens erneut darauf hingewiesen, daß Stadtgarten-Eintrittskarten auch zu den Konzerten im Vorverkauf an den Schalterkassen des Stadtgartens zu haben sind. Von dieser Einrichtung, die bis jetzt allerdings nur spärlich benützt worden ist, möge gerade für die in Betracht kommenden Tage ausgiebiger Gebrauch gemacht werden.

(1) Pfingstausflug der Volksbühne. Diejenigen Mitglieder, die sich zu der Freilichtaufführung im Schwelinger Schlosspark am Pfingstmontag noch keine Karte gelöst haben, erhalten solche auch in Schwelinger an der Theaterkasse gegen Vorweisung ihrer Karlsruhe Volksbühnen-Mitgliedskarte.

(2) Die Rheinfahrten der „Königsfelder“ beginnen fahrplanmäßig am heutigen Samstag, 23. Mai. An beiden Pfingstfeiertagen finden Sonderfahrten statt. Kartenverkauf durch Verkehrsverein und die bekannten Vorverkaufsstellen.

## Der Stadtrat hat beschlossen

### Zur Schlägerei in der Bürgerausschußversammlung vom 11. Mai 1931

Der Oberbürgermeister teilt dem Stadtrat mit, daß er bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung gestellt habe, wegen Hausfriedensbruchs gegen diejenigen Personen, die nicht zum Bürgerausschuß gehörten und nach Zeugnisaussagen während der Unruhen in den Rathsaal eingedrungen seien, und wegen Sachbeschädigung gegen diejenigen, die Mobilien oder sonstige Sachbeschädigungen im Saal verübt hätten. Außerdem sei bei der Staatsanwaltschaft Unteruchung wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, zum Teil ausgeführt mit gefährlichen Werkzeugen, anhängig. Der Ausschußbehörde habe er von den Vorgängen gemäß § 74 der Gemeindeordnung Mitteilung gemacht. Gegen die hiesigen Beamten, die an dem Handgemenge und der Schlägerei im großen Rathsaal in ihrer Eigenschaft als Bürgerausschußmitglieder teilgenommen haben, wird ein dienstpölibelliches Verfahren eingeleitet; seine Durchführung wird bis zum Abschluß des anhängigen strafgerichtlichen Verfahrens ausgesetzt. Ueberdies werden die Beteiligten auf Grund des § 830 BGB. zum Ersatz des Schadens herangezogen.

## Schülerzahl der hiesigen Höheren Schulen

Am Schlußjahr 1931/32 werden besucht (die in Klammern beigefügten Zahlen geben die Zahlen des vergangenen Schuljahres an): Das Gymnasium von 518 (498), die Goetheschule (Realschulium) von 498 (484), die Humboldtschule (Realschulium) von 425 (381), die Helmholtz-Oberrealschule von 518 (548), die Kant-Oberrealschule von 451 (480) Schülern, die Lessingschule (Mädchenschule) mit Mädchenanatorium nebst realschulischer Abteilung von 661 (680), die Fischelschule (Mädchenschule) mit Mädchen-

oberrealschule und Frauenschule) von 666 (688), die Freilichterschule (Mädchenschule) von 236 (255) Schülerinnen.

## Besuch der Städtischen Volkshochschule

Das Stadtschulamt berichtet über den Besuch der Städtischen Volkshochschule bei Beginn des Schuljahres 1931/32 (die in Klammern beigefügten Zahlen geben den Stand zu Beginn des vorhergehenden Schuljahres an):

Die Zahl der Anfänger beträgt 2258 (2253). Die gesamte Volkshochschule, einschließlich der Hilfsschule, Sprech- und Schreibschule, umfaßt 376 (367) Klassen mit 14 717 (14 151) Schülern. Von den 14 717 Schülern besuchen die Volkshochschule 14 390 (13 834), die Hilfsschule 181 (188), die Schreib- und Sprechschule 146 (129). Die allgemeine Fortbildungsschule besuchen 481 (673) Knaben und 1041 (1290) Mädchen, die Frauenarbeitschule (Sophtischule) 309 (326) Mädchen. Am Knabenhandwerkunterricht nehmen 2571 (2265) Volkshochschüler teil.

Die Zahl der Lehrkräfte beträgt 461 (468) und zwar: 380 (375) für den Elementarunterricht, 85 (44) für den Fortbildungunterricht und 46 (49) für den Handarbeitsunterricht an der Volkshochschule und Sophtischule.

Stellenübertragung. Dem Stadtvormerkungsrat Dr. Fridolin Wed. beim städtischen Tiefbauamt wird mit Wirkung vom 1. Juni dieses Jahres an die Leitung der Vermessungsabteilung des Tiefbauamtes übertragen; die Stelle des Hausmeisters an der Theatergardenhölle mit sofortiger Wirkung dem Straßenbahn-Oberbauführer Karl Kiedlin.

Stellung. Den Plattenleger-Ebelenen Valentin Speck im Stadtschulamt und den Wegereister Heinrich Duracher im Stadtschulamt wurde aus Anlaß ihrer goldenen Hochzeit eine Ehrennadel der Stadt, begleitet von einem Glückwunschschreiben, überreicht.

## Blütenfahrt ins Albtal

Seit kurzem lenket uns das Albtal englische Maienarabie in die Stadt herein. In unvergleichlicher Pracht offenbart sich die Frühlingsblüte unmittelbar am Rande der Metroville, am Eingang zum Albtal. Die Städte sieht es hinaus zu den bunten, hübschen Kuppeln der Gärten, zu den Reihbäumen, zum Vogelzug und zur Weidenhöhe nebst den von hier aus überaus verstreut hinstehenden Wäldern und Stegen. Sie ziehen durch ein kleines Paradies leuchtender Blütenblüt: Faszinierende Eindrücke gewinnt man auf den stundenlang möglichen Streifen durch blühende und prächtige Obstlagen, Birnen und Apfelsinen, Kirschen und Pfirsiche und bald auch die Äpfel entfallen ihre Blütentrauben. Die taufende von blühenden Bäumen aber vereinigen sich trocken, auf den schön geschwungenen, breit ausladenden Eitlinger Höhen zu einer überwältigend wirkenden Frühlingsschau. Verblüht schon ist die verschiedenartige, vielfältige Abfaltung der Farben und Blütenkolorite.

Rekt, im anhebenden „Monat der Romme“, setzt sich des Albtals Verbundenheit mit der Landesbauerschaft aufs innigste. Nun lautet ja auch die Parole: Tiefer hinein ins Tal! Wohin auch der Blick sich wendet, überall winkt ein neues und frohstimmendes Bild. Die Landschaft erscheint in immer leuchtenderen Farben. Die beiderseits der Bahnhöfe sich ausbreitenden Wälder und Baumgärten stehen in Blau und weitem Schmelz: erster Niederwald umschmeißelt sie. Durch das ganze Talchen geht der Hauch duftigen Ertrags. Mächtig streben die Berggäbe, bestanden mit üppigem Laubwald, in den sich erst in der oberen Talstufe dunkle Fichten- und Tannenparzellen mischen, höher und höher.

Stehender Kraftwagenverkehr, der sich von Karlsruhe nach Herrenthal entwickelt, vermag die Ruhe, die dem hinteren Albtal schon immer eigen war, eigentlich nicht zu stören. Melodisch rauschen, wie vor Zeiten, die klaren eiligen Wasser der Alb in sterblichen Bindungen durch die blumigen Wiesengründe. Hinter den Laubwäldchen liegen in stillen Winkeln verborgen da und dort zerstreute Höhdörfer, Wiesenbach, Reichenbach, Ehenrot, Spielberg, Schöllbrunn, Wöllersbach, Moosbrunn (Naturfreundehaus) und andere, die der Wanderer jetzt gerne aufsucht.

Reint ihr übrigens die Eitlinger Waldkolonie im Malensauer? Sie allein ist eines Besuchs wert, da man von ihr aus Einblick in das sich schmelzende Talchen gewinnt. Der Graf-Rhena-Weg führt, abseits von jedem lärmenden Verkehr, vorbei an der Spinnerlei, deren rauchende Fabrikföhne und Arbeiterkolonien nicht so recht in das romantische Landschaftsbild passen. Doch sie bieten einer ganzen Reihe von Arbeitern und Angestellten Brot und bedeuten für die Eitlinger Stadtkasse eine beträchtliche Einnahmequelle. Ist man über Wiesenbach hinaus, so herrscht auf dem schattigen Graf-Rhena-Weg Ruhe und Frieden, während drüben auf der Albstadtstraße das Leben lütel und ein Auto das andere jagt. Es und zu erinnern auch ein Zubehört an die „gute alte Zeit“.

Einer Schlinge gleich windet sich das Albtalbühnen talaufwärts. Bei Neudorf schaut die neugebaute Kirche von Ehenrot aus einer Waldlichtung eigenartig reizvoll heraus. Bald wird zwischen der Waldkette oben das ganze Dörfchen sichtbar. Am Waldende gegen Spielberg hat sich ein ganz neues Viertel entwickelt.

Beim Eintritt ins Moosalbtal endet der Graf-Rhena-Weg. Ein gar liebliches Talchen, das sich mehr und mehr verjüngt, und nur zwei Mühlen, die Schöllbrunn- und Weimersmühle beherbergt, führt nach dem 500 Meter hohen Wäldchen und Luftkurort Moosbrunn, treulich beschützt vom Turm des Wäldchens. Ganz in nächster Nähe das schöne Naturfreundehaus, das zum Besuche einladet. Von „Fischweier“, wie die Station Spielberg-Schöllbrunn im Volksmunde heißt, führt ein Saumweg am Gertrudenhof vorbei, ehemals ein Gutshof des Klosters Frauenalb, später ein Gasthaus für müde Wanderer und Fuhrleute, heute wieder ein landwirtschaftliches Anwesen mit vielen Obstgärten und Weidenplätzen.

In Marzelle, dem langsam aufkommenden Kurort, drückt sich die beschauliche Ruhe des Bergtals mehr aus. Oberhalb der

„Mühle“ fesseln ein paar ausnehmend malerische Landhäuser das Auge; die kleine Wäldcheninsel inmitten eines Tannenwaldes schmiegt sich köstlich in das idyllische Landschaftsbild. Eine wahre Pracht liegt hier in den Wäldchen, wie sie sich aus den verschiedenartigen Grünhüllungen der Tannenforsten und Buchen ergibt. Darüber wölbt sich tiefblauer Himmel mit der wunderbaren Klarheit der Luft, die den Schwarzwaldens auszeichnet. Lobende Ausflüge, von den Städtlern an Sonntagen im Maien besonders beliebt, führen von der Bahnstation Marzell nach wenigen Schritten durch schattigen Wald ins Holzschichtal, an der Bergschleife vorbei, hinauf zur Offseite des Hochdorfes Döbel oder auch nach den fruchtbaren Döfchern Langenthal, Pfaffenrot und Rotenfloh.

In seiner stillen Waldabgeschiedenheit gibt Frauenalb, weithin sichtbar durch die Ruinen seines ehemaligen Benediktinerklosters, dem Albtal ein besonderes Gepräge. Dort dann, wo sich weiter talaufwärts die badisch württembergischen Grenzgebirge berühren, wo dann auch zugleich die Fabriktrasse sich verberbetert und überflüssiger wird, erpöht das Auge erstmals einen offenen Tallesel, in welchem Herrenthal, einem verträumten Wall verleiht, gebettet liegt. Herrenthal Luftzug machte gerade in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte. Nicht mit Unrecht nennt es sich das „Paradies des nördlichen Schwarzwaldes“, gewährt es doch dem Kurfremden, dem länger Erholungsbedürftigen wie auch dem Passanten eine Fülle von abwechslungsreichen Fernsichtungen. Die tatsächlich einseitigen Schönheiten und Realitätslandschaftlicher Art, mit denen der stille Waldwinkel von Marzell aus beglückt ist, erleichtern der rührigen Kurverwaltung, der Gemeinde und den Hotelbesitzern entschieden ihr Bestreben, Herrenthal eine Zukunftsbahn zu sichern, die ihm im Kranze des Hochschnee-Paradises wohl gebührt. Hauptanziehungspunkt bildet seit Kurzem das moderne Freizeitschwimm-„Richt, Luft- und Sonnenbad, das inmitten dunkel blauer Umarmung tannenurwäldlicher Bergforsten gar prächtig in ein liebliches Weiental einschmiegt. Tausende suchen und finden hier an heißen Sommertagen Erholung und Erfrischung; neue, breite Fahrwege führen unmittelbar zum Schwimmbad und zu dem daneben gelegenen Reichsportplatz.

In der ersten Lenseit laden von Herrenthal aus gar abwechslungsreiche Wanderstrecken hinauf zur Hummelburg, zum Malensauer, zur Schönen Aussicht, wo man einen grandiosen Blick auf das Talchen genießen darf. Lobende Wege ziehen zu den entastenden Ausgängen des trauerwärtigen Falkenstein oder zu dem unverfälschten Schwarzwaldhülsen des Gaisbachtales, wo die Eitlinger Naturfreunde ebenfalls eine recht hübsche Weide ihr eigen nennen können. Damit zugleich aber nimmt in der Regel Herrenthal den Anfang und schon zum lehrreichen Pfingstfest sieht man einer regen Fremdenfrequenz entgegen.

### Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

**Bezirk Mittel- und Südweststadt**  
Mittwoch, 27. Mai, abends Punkt 8 Uhr, findet unsere nächste Bezirksversammlung in der „Gambirushalle“, Erbprinzenstraße, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vorschläge zur Agitation, 2. Vortrag des Gen. Wilhelm Koch über „Die ökonomische und politische Lage der Arbeiterklasse“, 3. Anfragen und geschäftliche Mitteilungen.  
Wir bitten die Genossen dringend, diesen Tag freizubehalten und sich reiflich an der Versammlung zu beteiligen. Gäste, die unserer Bewegung nahestehen, haben Zutritt und bitten wir, solche ebenfalls mitzubringen.

## 5-Pfg.-Rasierklingen

(10 Stück) (50 Pfg.)

Das Beste, das in dieser Preislage geboten werden kann, da vom Fachmann.  
Erprobte Klängen aller Preislagen stets frisch eintreffend.

## Kratz

Waldstraße 41  
Karlsruhe & Hofapotheke







